

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 21.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 15. Oktober 1904.

Verlag:
K. Bohrberg, Hannover, Steintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

Bekanntmachung.

Mit dieser Nummer geht den Zahlstellen und Einzelmitgliedern die Abrechnung vom 2. Quartal 1904 in einigen Exemplaren zu. Entsprechend dem Beschluß des letzten Verbandstages wird nur die Bilanz, nicht mehr die Gesamtabrechnung im „Proletarier“ zur Veröffentlichung gebracht. An Orten, wo die ersten Bevollmächtigten und Vertrauensmänner nicht Empfänger der Zeitung sind, wollen sie sich von den Zeitungsempfängern die Abrechnungen aushändigen lassen, damit sie sich von der Veröffentlichung der Abrechnung überzeugen und den Mitgliedern und Revisoren Einblick in dieselbe gewähren können.

Die Revisoren sind verpflichtet, sich je ein Exemplar der Abrechnung aushändigen zu lassen und sich zu überzeugen, ob die Abrechnung erfolgt ist. Erfolgte diese nicht, dann haben sie unverzüglich auf Einsendung der Abrechnung zu drängen.

Die Abrechnungsformulare zur Abrechnung für das 3. Quartal gelangten mit der Nummer 20 zur Versendung. Neben dem Formular lagen auch ein Kuvert mit aufgedruckter Adresse und eine entsprechende Anzahl Postanweisungen zur Einsendung der Abrechnung und des Geldes bei. Damit haben wir wiederum eine Erleichterung für unsere Bevollmächtigten und Vertrauensmänner eingeführt.

Vom 1. Oktober ab haben die Zahlstellen mit mehr als 100 Mitgliedern die Geldbeträge monatlich einzufenden. Mit der dritten Einsendung erfolgt die Abrechnung. Die in Frage kommenden Kollegen wollen diesen Beschluß beachten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, Vertrauensmänner und Revisoren, dafür zu sorgen, daß die Abrechnung für das 3. Quartal da, wo sie noch nicht erfolgt ist, umgehend vorgenommen wird, damit wenig oder gar keine Verbandsorte als mit der Abrechnung restierend veröffentlicht werden müssen. Die Revisoren können zu pünktlicher Abrechnung sehr viel beitragen. Wie die Revisionen vorzunehmen sind, darüber findet man Darlegungen im „Leitfaden“ auf Seite 14 bis 21.

Wir appellieren nachdrücklich an alle Kollegen, Hilfsarbeiter, Bevollmächtigten, dafür zu sorgen, daß alle Restposten bis zum ersten Oktober umgehend beglichen werden, damit das alte Markenmaterial eingesandt werden kann. Zur Quittierung der erhöhten Beiträge sind alte Marken nicht zu verwenden, vielmehr sind diese mit Ausnahme der Marken für Begleichung der Beiträge für invalide Kollegen einzufenden.

J. A.: Aug. Brey.

Schutz der nationalen Arbeit.

II.

Der beträchtliche Rückgang in den Verbandsziffern, den der Stahlwerksverband nach dem Aufschwung im Februar und teilweise auch noch im März zu verzeichnen hatte, resultiert in der Hauptsache bisher aus dem Nachlassen des Auslandsverandes. Das wird als eine Folge der Heraussetzung der Exportpreise ausgegeben. Das ist nur zum Teil richtig. Auf dem Auslandsmarkt haben sich die Verhältnisse gegen 1902 und 1903 wesentlich verschoben, so daß heute auch bei den bisherigen Preisen der Export zurückgedrängt würde. Für die Sünden der Syndikate in den letzten Jahren muß die gesamte Eisenindustrie jetzt büßen. Vor zwei Jahren war z. B. Amerika ein sehr guter Markt für Rohmaterial und Halbzeug. Anstatt nun hier die Preise zu halten, unterbot das eine Werk das andere und dieses wurde schließlich von dritten Konkurrenten aus dem Felde geschlagen, und so trieb man sich gegenseitig die Preise herunter, bis tief unter die Selbstkosten. Aber das geschah nur im Auslande, auf dem Inlandsmarkt hatten die Werke den freien Wettbewerb sehr stark eingeengt, für den Verdienstausfall beim Auslandsverkehr suchte man sich durch Schröpfung der Inlandskonsumenten nach Möglichkeit schadlos zu halten — man wollte ja die nationale Arbeit schützen!

Die „vaterländische“ Politik der Halbzeug- und Rohstoffverbände versorgte das Ausland mit billigem Material auf Kosten der deutschen Fertigungsindustrie. Selbstverständlich erwiesen sich ausländische Abnehmer für die Freundlichkeit der deutschen Verbände dankbar,

wie das die Bogel der Tatsachen bedingte; sie machten, gekräftigt durch das wohlfeile deutsche Rohmaterial, den deutschen verarbeitenden Werken, welche das Rohmaterial von den eigenen „nationalen“ Verbänden zu viel teureren Preisen einkaufen mußten, überall auf dem Weltmarkt erfolgreich Konkurrenz. Konnten wir doch wiederholt das „erhebende“ Schauspiel erleben, daß deutsche Werke im Auslande deutsches Rohmaterial kauften, hier war es trotz der doppelten Fracht billiger als in Deutschland! Andere Werke errichteten im Auslande Werkstätten, das lohnte sich wegen des billigen deutschen Rohmaterials, was man verarbeiten wollte. So „schützen“ die Syndikate die nationale Arbeit.

Besonders wurde auch die verarbeitende Industrie in Amerika durch die deutsche Syndikatspolitik stark gemacht, so stark, daß sie nicht nur den eigenen Markt immer mehr für sich erobern konnte, sondern nun, wo auch der amerikanische Markt übersättigt ist, in verstärktem Maße der deutschen Fertigungsindustrie in Deutschland Konkurrenz macht. Man könnte hier vom Fluch der bösen Tat reden. Die deutschen Rohstoffverbände helfen den ausländischen Verbrauchern die Produktionskosten herabsetzen, mittlerweile wird auf dem Auslandsmarkt die deutsche Rohstoffmaterial-Industrie zurückgedrängt. Um den Ausfall wettzumachen, werden für die Inlandskonsumenten die Preise erneut wieder heraufgesetzt. Das heißt aber wieder nichts anderes, als zu versuchen, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Die Preisschraube legt in verstärktem Maße die Konkurrenzsfähigkeit unserer verarbeitenden Industrie lahm, damit wird natürlich auch rückwirkend die Rohmaterialindustrie getroffen. Die Verhältnisse nehmen sogar noch schärfere, für uns ungünstigere Formen an. Die Einfuhr von Fertigzeugnissen aus Amerika nimmt in Deutschland immer mehr zu. Gewalzte und gezogene Röhren, Kleineisenzeuge, speziell aber Maschinen, werden in stetig steigender Menge aus Amerika bei uns eingeführt. Die benötigten Rohmaterialien liefert jetzt fast ausschließlich die amerikanische Industrie. Die Invasion der Amerikaner auf dem Gebiete der Fertigfabrikate zieht also auch die deutsche Rohproduktion mit zur Kostendeckung heran. Anstatt dem Uebel durch Preisnachlaß für die deutsche Industrie entgegenzuwirken, muß man nach den Erfahrungen, die in den letzten Jahren gemacht worden sind, noch eher befürchten, daß die bezügl. Verbände mit weiteren Preissteigerungen kommen. Die Preisdiktatoren in der Rohmaterialindustrie sind ja darum so warme Verteidiger der Industriezölle für ihre Produkte, weil diese ihnen erst die Preisdiktatur in gewünschtem Umfange sichern.

In letzter Zeit nehmen denn auch begreiflicher Weise die Klagen über die schädigende Wirkung der Syndikate zum „Schutze der nationalen Arbeit“ wieder zu. Zwei solcher Auslassungen, welche die Schädigung der deutschen Volkswirtschaft recht auffällig illustrieren, mögen hier erwähnt werden. In der am 9. Juni stattgefundenen Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Feld- und Kleinbahnbedarf von Drenstein u. Koppel bemerkte Herr Generaldirektor Drenstein u. a.: Die Preiserhöhungen für Schienen und Stahlschwellen (durch den Stahlwerksverband) ließen die in der Bilanz zugrunde gelegten Preise noch um 6 resp. 10 Prozent hinter sich zurück; die hohen Preisforderungen des Stahlwerksverbandes zwangen uns, jetzt schon für den größeren Teil der ausländischen Betriebe Schienen und Schwellen ausländischer Herkunft zu verwenden.

Und bei Gelegenheit der am 3. Juni im preussischen Abgeordnetenhaus stattgefundenen außerordentlichen Hauptversammlung des Zentralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt kam auch das Ueberwiegen des holländischen Schiffbaues am Rhein zur Erörterung. Hierzu führte Generalsekretär Nagoczky-Berlin u. a. aus: In den letzten 30 Jahren sind in Deutschland für 24 1/2 Mill. Mark Schleppfähnen und Dampfschiffe von Holland in das deutsche Rheingebiet eingeführt worden. Daß der Schiffbau am Rhein nicht mit der holländischen Industrie konkurrieren kann, liegt mit in dem Verhalten unserer Verbandsverbände begründet, die an das Ausland billiger verkaufen als im Inlande. Das Verhalten unserer Eisenindustrie bewirkt, daß ein im Inland gebautes Schiff gegenüber dem ausländischen Erzeugnis um 6—7000 Mk. verteuert wird. Zu einer Besserung der rheinischen Flußschiffahrt-Bauindustrie

bedarf es einer anderen Verkaufspolitik der Eisen- und Stahlindustrie

Das sind nur einzelne Stimmen, aber sie lassen einen Blick tun in die Verheerungen, welche durch die Syndikatspolitik im deutschen Wirtschaftsleben angerichtet werden, und zeigen, wie durch das selbststüchtige Streben einer relativ kleinen Interessentengruppe die Gesamtheit geschädigt, wirtschaftlicher Aufschwung in weiten Zweigen der Fertigungsindustrie verhindert wird.

Vielfach wird die Würdigung der industriellen Preismonopole nicht auseinandergehalten, was sein könnte und was tatsächlich ist. Nach der Theorie können die Verkaufsverbände z. zweifellos einen ökonomischen Fortschritt darstellen, aber in der Praxis tun sie das nicht, wenigstens nicht für die Gesamtheit. Im günstigsten Falle dient die höhere Produktionsform dazu, die Gesamtheit in verstärktem Maße zugunsten weniger Großkapitalisten zu plündern.

Vom Standpunkt einer Sonderinteressenvertretung kann man sich schließlich damit abfinden, wenn durch eine Preisdiktatur in irgend einer Industrie der Gesamtheit schwere Lasten auferlegt werden, an dem Vorteil für jene Industrie jedoch die bezügliche Arbeiterkategorie in beschränktem Umfange partizipiert; aber faßt man das Gesamtinteresse ins Auge, kann man auf solchem Standpunkt nicht verharren. Jedenfalls kann man da nicht von volkswirtschaftlichem Vorteil reden; umsoweniger, weil der Vorteil der betreffenden Arbeiterkategorie rein fiktiver Natur ist. Eine Verteuerung der Materialien zieht eine Preissteigerung aller Waren, für alle Bedürfnisse nach sich. Der vermeintliche Vorteil wird durch Verteuerung der Lebenshaltung absorbiert. Im Effekt läuft die ganze Geschichte darauf hinaus, daß die eine Gruppe vermeintlicher Interessen bei dem Handel keinen Vorteil findet, die Gesamtheit jedoch schwer geschädigt wird.

Der einzige Vorteil der industriellen Konzentration unter den verschiedenen Formen besteht bei der privatkapitalistischen Wirtschaft in der Steigerung der Produktivität, in der Verminderung der Produktionskosten durch planmäßige Organisation, durch Ausschaltung unproduktiver Mittel. Aber! Auch diesen Vorteil kann man, volkswirtschaftlich betrachtet, unter totanen Verhältnissen, nur als bedingt anerkennen. Wenn z. B. das Kohlsyndikat zc. zum großen Teile den Zwischenhandel ausschaltet, so ist das an sich kein Fehler, theoretisch ist das vom volkswirtschaftlichen Standpunkte ein Fortschritt; wenn aber die erzielte Ersparnis nur dazu dient, die Taschen einzelner Leute zu füllen, dann wird aus dem theoretischen Vorteil sogar ein Nachteil, — es sind viele Verzehrter ausgeschlossen, das ersparte Kapital dient jedoch nicht zur Belebung des Wirtschaftsmarktes, es tritt auf als plusmachendes Kapital.

Und daß die Verbände nach dieser Richtung scharf vorgehen, zeigt das Verhalten des Kohlsyndikats und des Stahlwerksverbandes. Die bezüglichen Bestrebungen laufen ohne Zweifel darauf hinaus, den gesamten Handel zu einer Unterabteilung der Verbände zu machen. Der Stahlwerksverband hat sogar den ausländischen Agenten der Verbände Verträge aufgedrängt, durch welche den Agenten nicht nur die Provision gründlich beschritten wird, sondern jene tatsächlich zu subalternen Beamten des Verbandes heruntergedrückt werden. Die freie Konkurrenz ist ja ausgeschaltet. Die Monopolisten lassen alle an dem großen „Segen“ teilnehmen. Daß den meisten der Beteiligten der zuge dachte Segen durchaus nicht willkommen ist, macht den Verbändsherrn keine Sorge.

Als Vorteil von der industriellen Konzentration bleibt noch die Steigerungsmöglichkeit der Produktion durch bessere Organisation, durch Spezialisierung der Arbeit, volle Ausnutzung der leistungsfähigsten Betriebe, event. Stilllegung veralteter Einrichtungen usw. Daß aber auch das letztere unangenehme Folgen zeitigen kann, zeigt der Verlauf der Bestrebungen im Ruhrgebiet, Gruben still zu legen, um anderen Betrieben die bezüglichen Fördermengen zuzuwenden.

Mögen die Gründe für Stilllegung industrieller Anlagen theoretisch noch so unanfechtbar sein, so lehrt die Praxis doch oft genug das Gegenteil von der Theorie. Es kommen in der Praxis Imponderabilien in Betracht, die bei den abstrakten theoretischen Erwägungen unberücksichtigt bleiben.

Wenn man die Wirkungen der Syndikatspolitik für die verarbeitende Industrie ins Auge faßt, dann

kann man schon eine erhebliche Schädigung der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie konstatieren. Dadurch, daß durch die Preispolitik der Syndikate die Konkurrenzfähigkeit der deutschen verarbeitenden Industrie in erheblichem Maße unterbunden wurde, wurde für die Arbeiterschaft auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt in sehr harter Weise ungünstig beeinflusst. Die verminderte Beschäftigung in den in Betracht kommenden Industrien verminderte selbstverständlich auch die Arbeitsgelegenheit, ließ das Heer der Arbeitslosen anwachsen. Dies hatte wieder einen starken Lohndruck zur Folge. In vermehrter Arbeitslosigkeit, zu Feiertagen, Arbeitszeitverkürzung traten direkte Lohnvermindernungen. Alles das war zum Teil eine Folge der Syndikatspolitik, die durch billige Verkäufe in das Ausland dort stärkere Beschäftigungsmöglichkeiten schuf, der deutschen verarbeitenden Industrie das Einbringen von Aufträgen erschwerte, oft ganz unterband.

Wie viele Millionen Mark Arbeitslöhne den deutschen Arbeitern dadurch seitens der „nationalen“ Syndikate genommen, dem Auslande zugute gebracht wurden, läßt sich gar nicht berechnen, aber es handelt sich da zweifellos um Summen, die zu den Arbeitslöhnen, die an die in der Holz- und Halbzugindustrie beschäftigten Arbeiter infolge der Exportsteigerung gezahlt worden sind, im schreienden Mißverhältnis stehen.

Und die Schädigung weiterer Kreise der Arbeiterschaft in der Eisen- und Stahlindustrie ist durch die Gründung des Stahlwerksverbandes nicht etwa vermindert, im Gegenteil, die Gefahr gesteigerter direkter und indirekter Schädigung ist noch erhöht worden. Nicht nur auf dem Auslandsmarkt wird der deutsche Wettbewerb immer schärfer unterbunden, die Preiswillkür der Rohstoffverbände gegenüber den deutschen Verbrauchern sichert den ausländischen Konkurrenten ein immer größeres Absatzgebiet auch in Deutschland. Es geht nicht nur weniger fertige Ware ins Ausland, es kommt von dort auch noch mehr fertige Ware herein. Diese doppelte Schädigung des deutschen Arbeiters auf dem Warenmarkt kann nicht ohne schädigende Folgen für dessen Erwerbsmöglichkeit bleiben. Es bleibt aber nicht bei der Verminderung der Arbeitsgelegenheit, die durch die Preispolitik der Verbände belastete Industrie wird, soweit sie nicht ins Ausland flüchten kann, versuchen, durch Verminderung der Herstellungskosten sich konkurrenzfähig zu halten. Daß es dabei nicht ohne Lohndruck und Versuche dazu abgehen wird, liegt auf der Hand. Der Anfall des Arbeitslohnes infolge Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie kann nicht etwa durch stärkere Beschäftigung in der Rohmaterial- und Halbzugindustrie ausgeglichen werden, dazu ist die Differenz zwischen Arbeitslohn und Warenpreis in den beiden Industriegruppen denn doch viel zu gewaltig. Die letztgenannten Industrien führen in der Hauptsache Materialwerte aus, während die Fertigindustrie überwiegend Arbeitslöhne exportiert.

Die in Frage kommenden Verbände zwingen nicht nur manche Unternehmer in der Fertigindustrie zu Attentaten auf den Lohnstatus, es kann die Gefahr nicht von der Hand gewiesen werden, daß auch die Verbände selber nach dieser Richtung eine Verminderung der Selbstkosten herbeizuführen sich bestreben werden. Die vom Stahlwerksverband genährten Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen, der Aufschwung blieb aus, und es wird noch viel Wasser den Rhein hinabfließen, ehe er kommt. Ohne Profit wollen sich die einzelnen Werke aber doch nicht die Verbände auflegen lassen. Da man die Hoffnung auf einen entschiedenen Aufschwung zu Grunde getragen hat, muß eben ein anderes Mittel für die Profitsteigerung gefunden werden. — Verminderung der Selbstkosten heißt das Zauberwort! Aus Oberschlesien ertönt es aus Untermerkerscheid bereits ganz freimütig, daß man an die Einsetzung aller Kräfte zur Verminderung der Selbstkosten denken müsse, auf eine Verbesserung der Erträge aus der Marktlage sei weniger zu rechnen. Es gehörte ein unverzeihlicher Optimismus dazu, anzunehmen, bei der Forderung der Produktionskostenverminderung sei nicht als selbstverständlich eingeschlossen eine Einschränkung der Lohnkosten.

Nach in dem Kampf um die Lohngquote erhalten die Unternehmer durch die Verbände den Arbeitern gegenüber ein Verognis erregendes Übergewicht. Die Arbeiter in der Hüttenindustrie, in der gesamten Rohmaterial- und Halbzugproduktion stehen heute schon fast nur einem Unternehmer gegenüber — dem Stahlwerksverband. Vorläufig scheint es ja noch so, als ob sich die Verbände lediglich mit den Fragen des Abfahrs, der Preisregulierung u., unter Ausschluß der Regelung der Arbeitsverhältnisse auf den einzelnen Verbände ersten, beschäftigen wolle, aber es könnte für die Arbeiterschaft doch ein böses Erwachen geben, wenn sie auf Grund des Scheines in Sorglosigkeit sich wirgen wolle. Die Verbände sind auf dem besten Wege, in der Industrie eine vollständige Konzentration herbeizuführen. Immer mehr kleine Unternehmungen werden ausgefaltet; schon jetzt hat eine beschränkte Zahl von Familien das Heft in Händen. Stahlwerksverband und Gelsenbergwerk arbeiten Hand in Hand, und wo sich den Vertretern dieser Verbände Hindernisse im Wege zeigen, da ist bei der Frage der Wahl der Mittel zur Hinterrückung der Gewinnung anderes nichts als die Zweckmäßigkeit ausschlaggebend.

Darf man da im Zweifel sein, daß, wenn man eine „Regelung“ der Arbeitsverhältnisse seitens der Verbände für vorteilhaft hält, man sich durch

irgendwelche Erwägungen von der Inangriffnahme solcher Regelungen nicht abhalten lassen wird? Ein Angriff auf die Arbeiter der einen Industrie wird natürlich von der anderen als nachahmenswertes Beispiel betrachtet.

So werden durch die Verbände die Interessen der gesamten Arbeiterschaft direkt und indirekt auf das allerschwerste gefährdet. Die Verbandsentwicklung ist aber nicht aufzuhalten und soll das auch gar nicht versucht werden; aber trotzdem darf die Arbeiterschaft nicht untätig bleiben. Sie muß durch entsprechendes Verhalten, durch Anpassung an die veränderten Verhältnisse den drohenden Schäden, die erst mit Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise sicher verschwinden werden, entgegen wirken. Neben dem Kampfe um die politische Herrschaft muß die Arbeiterschaft dahin streben, den wirtschaftlichen Organisationen des Unternehmertums gleichwertige Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, entgegen zu setzen. In dringendem Maße tritt an die Arbeiter die Pflicht heran, alle Kräfte für den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation einzusetzen.

Das ist heilige Pflicht, keiner entziehe sich ihr!
Das ist wahrer Schutz der nationalen Arbeit!

Zu der Wahl der Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden

wird uns geschrieben: Es ist „anleuchtend, daß die Arbeitervertretung einen Einfluß auf die Rentensfestsetzung, die Rentenaufhebung, die Rechtsprechung und auch auf die Regelung zahlreicher wichtiger innerer Verwaltungsangelegenheiten der Versicherungsanstalten auszuüben vermag.“

Es kommen bei diesen Wahlen 1406 untere Verwaltungsbezirke in Betracht, die nach dem Gesetz in der Regel je 4 Beisitzer aus den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter erhalten sollen, darüber hinaus hat die Versicherungsanstalt die Zahl der Beisitzer zu bestimmen. Nach der letzten Bekanntmachung waren bei den unteren Verwaltungsbehörden 12 380 Beisitzer, mithin 6190 Arbeiterbeisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden berufen.

Die Wahl der Beisitzer vollzieht sich nun in einem sehr komplizierten und sonderbaren Verfahren. Das Wahlrecht über die Vorstände der Krankenkassen aus, und zwar ist hierbei folgendes zu beachten:

Die Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden werden von den Vorständen der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen und anderen zur Wahrnehmung der Interessen der Seeleute bestimmten, obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie von Vorständen der freien Hilfskassen gewählt, welche die Rechte aus § 75a des Krankenversicherungsgesetzes besitzen (es scheiden also sogenannte Zuschußklassen aus). Das Recht haben auch nur die freien Hilfskassen, die ihren Ausbreitungsbezirk nicht über den der unteren Verwaltungsbehörde ausdehnen. Es sind also mithin nur die Vorstände der lokalen freien Hilfskassen, nicht die zentralisierten Hilfskassen wahlberechtigt.

Sodann erhalten die Vertreter der Kommunalverbände, sowie die Vertretungen der Gemeindekrankenversicherung *) ein Wahlrecht, das sich bestimmt nach der Zahl der Arbeiter, die keiner Krankenkasse angehören, aber versicherungspflichtig nach dem Invalidenversicherungsgesetz sind.

Das Stimmverhältnis bei der Wahl wird entsprechend der Mitgliederzahl der Krankenkasse, für die der Vorstand wählt, berechnet.

Die Leitung der Wahl liegt der unteren Verwaltungsbehörde ob, in der Regel in den Landgemeinden dem Landrat, in größeren Städten, die einen eigenen Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde bilden, der Gemeindebehörde. Nachdem die Verwaltungsbehörde an die Krankenkassenvorstände die nötige Anordnung erlassen hat (Aufforderung zur Wahl, Beigabe der Stimmzettel), hat der Vorsitzende der Krankenkasse den Vorstand zusammenzuberufen und im gesonderten Wahlgang für die Unternehmer und die Arbeiter die Wahlen vorzunehmen. Gewählt gilt vom Vorstand der Krankenkasse derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Um unnötige Zersplitterungen bei der Wahl zu vermeiden, wird es notwendig sein, daß sich die Ge-

*) Die Beteiligung an der Wahl ist übertragen in:
Bayern: Verordnung vom 14. Dezember 1899 § 8: den Magistraten der unmittelbaren Städte und den Distriktsräten, bei der ersten Wahl den Distriktsausschüssen.
Preußen: Bekanntmachung vom 21. August 1899 Ziffer 7: den Kreis-Ausschüssen, in Stadtkreisen den Magistraten. (Als weitere Kommunalverbände gelten hier die Kreise und in Hohenzollern die Überamtsbezirke.)

Württemberg: Verfügung des Ministers des Innern vom 25. November 1899 § 14 (Reg.-Bl. S. 1043): den Vertretern der Gemeinde-Krankenversicherungen und Krankenkassen-Beisitzern.
Hessen: Ausführungsverordnung vom 13. Oktober 1899 § 8: Bürgermeisterei und Kreisräte.

Sachsen: Verordnung vom 14. November 1899 § 1: Amtsräten (Zürcheramts Räte); Regierung für den Landarmenverband, Fürstentum Wittenberg, Bürgermeistereiräte, nach Verordnung vom 15. November 1899.

Braunschweig: Magistrat Braunschweig, Kreis-Ausschüssen.
Sachsen: Bezirks-Verwaltungsbehörden.
Schwarzburg-Sonderhausen: Bezirks-Ausschüssen.
Bippen-Detmold: Amtsgemeinderäten, Magistraten.

wirtschaften oder Gewerkschaftskartelle im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde mit den Vorständen der Krankenkassen über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten verständigen.

Das Zentralarbeitersekretariat hat bereits vor Monaten die Anregung zu den Vorbereitungen für diese Wahl durch Zirkular an die Gewerkschaftskartelle gegeben und es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß namentlich die Vorbereitungen beendet, die Aufstellung der Kandidaten vollzogen ist.

Bemerken wollen wir, daß es auch nicht aussichtslos erscheint, in einigen Bezirken für die Wahl der Unternehmervertreter Vorbereitungen zu treffen, da in einer Anzahl von Krankenkassenvorständen sozialpolitisch wohlwollende Unternehmer vertreten sind.

Was die Wählbarkeit der Vertreter anbetrifft, so bestimmt darüber das Gesetz, daß die Hälfte der Arbeitervertreter am Sitz der unteren Verwaltungsbehörde oder nicht in einer Entfernung über 10 Kilometer wohnen dürfen. Es kommt also nicht die Arbeitsstätte des aufzustellenden Kandidaten in Betracht, sondern der Wohnort. Es kann dabei eintreten, daß jemand zu einer Versicherungsanstalt Beiträge leistet, für die er in dem Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht gewählt werden kann, weil er dort nicht wohnt. Die Kandidaten dürfen nicht dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt oder einem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angehören.

Wählbar sind nur deutsche, männliche, über 21 Jahre alte Personen; nicht wählbar, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind, d. h. welche durch strafrechtliche Beurteilung die Befähigung zu diesem Amt verloren, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, oder welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Was den Wahltermin anbetrifft, so ist dieser kein einheitlicher für das Reich. Die Wahlverordnungen für Preußen und für den Bezirk der hanseatischen Versicherungsanstalt Lübeck bestimmen, daß die Wahl vom 1. Oktober bis 15. November stattfinden hat. In Baden finden die Wahlen im Monat Dezember statt; im Großherzogtum Hessen beginnen die Wahlen am 1. November d. J. Die übrigen Bundesstaaten haben keinen bestimmten Termin in ihrer Wahlverordnung festgesetzt, wahrscheinlich wird der Wahltermin hier durch die amtlichen Publikationsorgane noch bekannt gegeben; sicher ist, daß er im letzten Vierteljahre angelegt wird. Zu beachten ist, daß die Wahlen nicht an einem Tage stattfinden, sondern sich über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen ausdehnen.

Wir möchten nun nochmals an unsere Organisationen das dringende Ersuchen richten, da, wo die Vorbereitungen noch nicht erledigt sind, mit allem Eifer an die Erfüllung dieser so wichtigen Aufgabe heranzugehen. Unsere Arbeiterorganisationen haben die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um eine Arbeitervertretung zu schaffen, die den invaliden und hilfsbedürftigen Arbeitern helfend zur Seite steht.

Das Zentral-Arbeitersekretariat.

Soziale Rundschau.

— Arbeiten in heißen Räumen. Interessante Versuche über die Erhöhung des Körpers bei Arbeiten in sehr warmen Räumen hat O. Paschke-Zoppot an einer größeren Anzahl von Arbeitern durchgeführt und in der „Tonindustrie-Zeitung“ veröffentlicht. Er maß die Körpertemperatur von Arbeitern im Ziegeleibetriebe, die Temperaturen von 28, 39, 45, ja sogar 59 Grad in den verschiedenen Arbeitsräumen aufweist. Am wenigsten stieg verhältnismäßig die Körpertemperatur jugendlicher Arbeiterinnen, deren physiologische Temperaturregelung also am besten arbeitet. Für die Praxis, die auch in Feuerungen, Färbereien, Hüttenwerken, Brauereien und vielen anderen Betrieben hohe Temperaturen erheischt, ergeben sich folgende vom Verfasser gegebene Schlussfolgerungen:

Für Personen, die sich ständig — mehrere Stunden — in denselben Arbeitsräume aufhalten, ist als Höchsttemperatur der Arbeitsräume eine um 10 Grad höhere Temperatur als die Körpertemperatur zulässig, allerdings stets unter Voraussetzung einer genügenden Ventilation und Luftfeuchtigkeit des Arbeitsraumes. Diese Forderung wird durch die physiologische Tatsache begründet, daß die Grenze, bei der eine Wärmeabfuhr durch die Haut noch stattfindet, bei einer Temperatur liegt, welche 11,6 Grad höher ist als diejenige der Haut.

Alle Arbeitsräume sind genügend zu ventilieren. Dies ist der Fall, wenn in dem betreffenden Arbeitsraum kein Geruch menschlicher Ausdünstungen wahrnehmbar ist. Die für die Gesundheit der Arbeiter nötige Luftfeuchtigkeit ist stets diejenige der Außenluft. (60 bis 65 p. H.)

Wenn Arbeiter bei ihrer Tätigkeit einen Wechsel von warmer und Außenluft erfahren, wie zum Beispiel Ofenarbeiter, so richte man die Anlagen derart ein, daß dieser Wechsel nicht plötzlich vor sich gehe, sondern in der Zeit mehrerer Atemzüge in einer fortschreitenden Übergangstemperatur; diese wird, zum Beispiel bei Ofen, erreicht durch den Umbau des Ofens durch allseitig geschlossene Trocken- respektive Fabrikationsräume.

Besonders für Hingüssen gilt der Satz, daß die Ofen- und Feuerarbeiter des Ofens um so besser wegkommen, je größer, allerdings bis zu einer gewissen Grenze, der Zug ist, mit dem man arbeitet. Ein Arbeiten mit starkem Zug ist also nicht allein für den Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeitnehmer vorteilhaft.

Einen großen Einfluß auf das Wohlfinden der Arbeiter und Arbeiterinnen während der Arbeit in warmen Räumen besitzt eine zweckmäßige Kleidung. Während alle edleren Körperteile vor Erkältung geschützt werden müssen, ist die Oberfläche der freien Haut zunächst zu vergrößern (bloße Füße, bloßer Hals, bloße Arme, keine beengende Kleidung), da gerade die Haut die Regelung zwischen der Temperatur des Körpers und derjenigen der Umgebung in einer für den Körper höchst vorteilhaften Weise besorgt. Wo es sich also irgend ohne allzu große Kosten anbringen läßt, errichte man geeignete Badeeinrichtungen für das Arbeitspersonal, das allerdings stets nach der Arbeit baden muß.

— Drei der neun Bötener Beurteilten senden uns dieses Schreiben:

„Wir müssen Ihnen auf Ihre in Nr. 20 gebrachte Notiz: „Von den neun Opfern des Bötener Justizhaus-Urteils“ mitteilen, daß bei Geht und Geißler nicht 11 Monate, sondern 14 Monate Unterfängniszeit in Frage kommt und daß dann wesentlich ein anderes Bild heraustritt. In Bezug auf die Unterstützung von der Gewerkschaft der Zimmerer müssen wir Ihnen mitteilen, daß wohl „Der Zimmerer“ in Hamburg seinerzeit einsammelte und quittierte: Für unsere in Dresden verzurteilten Kameraden, daß aber auf unsere Anfrage beim Hauptvorstand wir nicht nur keine Antwort erhielten, sondern man auch unsere Briefmarke beschlagnahmte. Wäre es nicht möglich, die Arbeiterzeitung unsere Eingaben nicht berücksichtigte!“

Hochachtungsvoll

Geht, Geißler, B. S. B.

Unsere Darlegungen bleiben also im wesentlichen unbefruchtet. Sollte nun die Dauer der Unterfängnis wirklich 14, nicht 11 Monate sein, so würde Geht immer noch mehr wie 20 Mk., Geißler etwas weniger wie 22 Mk. pro Woche erhalten haben. Das sind Summen, wie sie organisierte Arbeiter, welche der Organisation lange Jahre angehören, für sie gewährt haben und im Falle einer Maßregelung oder wegen Niederlegung der Arbeit unterstützt werden, in der Regel nicht zu erhalten pflegen. Daß drei Opfer einer Klassenjustiz etwa deshalb günstiger bedacht werden sollen, weil ihre befristeten Handlungen unmittelbar im Anschluß an einen Nichtschmaus begangen wurden, das ist uns nicht einleuchtend.

- Arbeiter-Sekretariate bestehen zurzeit in Deutschland in folgenden Orten: Altenburg (S.-U.), Wallstraße 9 I. — Altona, Große Bergstraße 204 I. — Berlin SO., Engelsufer 15. — Bochum, Biemelshausenstraße 35-42. — Bremen, Osterstraße 26 I. — Breslau, Messergasse 18/19 I. — Bromberg, Jakobstraße 17. — Cappel, Mühlengasse 80 I. — Darmstadt, Gießhütterstraße 31. — Dortmund, 1. Kampstraße 73 I. — Duisburg, Sonnenwall 41. — Düsseldorf, Bergerstraße 8. — Essen, Kirchstraße 18. — Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10. — Gera, Hospitalstraße 21 I. — Gelsenkirchen, Vereinsstraße 29. — Göttingen, Gruberstraße (alte Gerichtsgebäude). — Halle a. S., Geißstraße 21. — Hamburg, Schanzmarkt 35 II. — Hannover, Mühlengasse 2. — Hannover, Artilleriestraße 13. — Harburg a. S., Erste Bergstraße 72. — Herten, Verchenstraße 15. — Jena, Saalbahnhofstraße 2. — Kattowitz, Rathausstraße 6. — Kiel, Oststraße 24 parterre. — Köln a. Rh., Perlengraben 20 I. — Kronach, Kirchenplatz 74. — Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“ I. — Leipzig, Partelstraße 12 parterre. — Lübeck, Johannisstraße 45 parterre. — Mannheim, S. 3, 10. — Meißen, Poststraße 4. — Mühlheim (Hessen), Offenbacherstraße 7. — München, Baaderstraße 1 I. — Neu-Appen Poststraße 1. — Nürnberg, Geydiensplatz 22. — Pforzheim, Wolfenhausenplatz 3. — Posen, Breitenstraße 21. — Remscheid, Bölnersstraße 18. — St. Johann bei Saarbrücken, St. Johannerstraße 31. — Stettin, Birkenallee 34. — Striebig, Ziganstraße 31. — Stuttgart, Ehlingenstraße 17/19. — Waldenburg-Altwasser. — Wollast, Maartbräckerstraße 17 I. — Würzburg, Bücknerstraße 6 I.

— Interproduktion. In der Generalversammlung des Verbandes deutscher Industrieller, G. m. b. H., ist beschlossen worden, die Betriebsbeschränkungen für das Quartal vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. für Garne wie für Wolle auf 3 bzw. 4% Prozent herabzusetzen.

— Die westdeutschen Flachspinner beschlossen, infolge der steigenden Nachfrage für Garne und der Unsicherheit über den Ausfall der russischen Flachsernte die Garnpreise um 50 Pfennige pro Pack zu erhöhen.

Vom sozialen Kampfsplatze.

— In Berlin stehen die Müßelkünstler im Kampf. Die Meister beschlossen eine Aussperrung. Mit der Ausführung des Beschlusses scheinen sie es aber nicht sonderlich eifrig zu nehmen.

— Die Aussperrung in der Berliner Goldmetall-Industrie. Die Zahl der Aussperrten umfaßt den Streikenden und den anlässlich der Aussperrung noch von organisationswegen in den Betrieben herausgehobenen Arbeitern beträgt 3967. Es sind in der Berliner Goldmetallindustrie etwa 12000 Arbeiter beschäftigt. Wäre nun von den Fabrikanten die Aussperrung in dem Maße erfolgt, wie es ihren Beschlüssen entspricht, dann müßte sich die Zahl der Aussperrten auf mindestens 8000 heftigen. Nun versuchen die Fabrikanten zwar nach außen hin durch Presse-notizen den Anschein zu erwecken, als seien ihre Beschlüsse mit voller Einmütigkeit innegehalten, in Wirklichkeit aber sucht sich das Gros von ihnen, so gut es nur irgend gehen will, um die Beschlüsse herumzudrücken. Dementsprechend ist der Stand der Bewegung für die Arbeiter denn auch ein durchaus günstiger.

Korrespondenzen.

Deucha. Sonntag, den 25. September, tagte im Gasthof zu Sieda eine öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder von Deucha und Umgebung, welche gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Kiedel die Abrechnung vom 1. und 2. Quartal, worauf Kollege Rindenhain in seiner Eigenschaft als Revisor erklärte, Bücher und Kasse in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Es wurde Entlastung erteilt. Als dann wurde Kollege Kiedel einstimmig als Vertrauensmann wieder gewählt. Die Wahl der Revisoren verzögerte einige Schwierigkeiten; schließlich wurden die Kollegen Karl Hartmann, Schlegel und Brechme als Revisoren gewählt. Auf Vorschlag des Kollegen Kiedel wurde beschlossen, an Stelle

der Hülfsarbeiter Wertplatzflücker zu wählen. Die Ausführung dieses Beschlusses bleibt der ständigen Leitung überlassen. Zum 3. Punkt berichtete Kollege Röhler in ausführlicher Weise über den Verbandstag, betonte die beschlossene Erwerbslosenunterstützung und verbreitete sich über die Ausführung des Beschlusses bezüglich Anstellung der Gauleiter. — Nach beendeter Debatte wurde noch beschlossen: „Den Hinterbliebenen von durch Berufsunfall getöteten Kollegen sind, wenn der betr. Kollege weniger als als 2 Jahre dem Verbandsangehörte, 10 Mk. aus der Solokasse zu zahlen.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde Kollege Kiedel gewählt. Nachdem der Vorsitzende Kollege Schäfer die Anwesenden in warmen Worten aufgefordert hatte, nicht nur selbst dem Verbands treu zu bleiben, sondern unausgesetzt für denselben zu wirken und zu agitieren, fand die Versammlung ihren Schluß.

Eisenberg (S.-A.). Am 8. Oktober tagte im Vereinslokal unsere Mitglieder-Versammlung, die sehr gut besucht war. Den Gegenstand der Auseinandersetzungen bildeten die Beschlüsse des letzten Verbandstages. Im allgemeinen fanden diese den Beifall der Kollegen. Besonders aber die Erwerbslosenunterstützung fand den ungeteilten Beifall. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages und der Einführung der Erwerbslosenunterstützung, sowie mit den erhöhten Beiträgen einverstanden und verspricht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Zahl der Mitglieder immer größer wird.“

Frankfurt a. M. Der Streit der Kollegen auf der Gasfabrik in Frankfurt a. M. hat ein heftiges befehdendes Ende gefunden, noch bevor unsere diesbezügliche Notiz in der Nummer 20 des „Proletarier“ in die Hände der Leser gekommen war. Der Geschäftsführer der Gasfabrik, Kollege Köhler, wandte sich an das Gewerbegericht und tief dessen Vermittelung an. Die Direktion erklärte sich zur Verhandlung vor dem Gewerbegericht bereit. Vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt wurden folgende Arbeitsbedingungen proponent: 1. Einsetzung eines Arbeiterausschusses, welcher den Bedingungen der Gewerbeordnung entspricht. 2. Sofortige Umwandlung der 24stündigen Beschäftigung in eine 18stündige, wobei die Direktion noch erklärte, daß sie gewillt sei, auf diesem Gebiete noch weitere Verbesserungen durchzuführen. 3. Der Lohn beträgt vom 1. Januar 1905: a) für Dienstarbeiter 4 Mk. im ersten, 4,20 Mk. im zweiten Jahre; für jedes weitere Jahr 10 Pf. mehr, bis zum Höchstlohn von 4,50 Mk. pro Schicht. (Bisher betrug der Schichtlohn 3,70 Mk.) b) für Gasarbeiter im ersten Jahre 8,30 Mk. und von da ab 8,50 Mk. als Höchstlohn. (Bisher wurde pro Schicht 8,10 Mk. bezahlt.) 4. Sämtliche Entlassenen werden wieder eingestellt. Auch ist im Protokoll bestimmt, daß der Organisation der Arbeiter nichts in den Weg gelegt werden soll. Diese festgesetzten Arbeitsbedingungen entsprechen den von den Kollegen formulierten Forderungen. In dem Ertrungenen kann man unseren Kollegen umso mehr Glück wünschen, als sie die Besserung ihrer Bezahlung, die Verkürzung der mühseligen 24stündigen Beschäftigung und die zugehörige Organisationsfreiheit durch ihr solidarisches Handeln ohne eine größere Lohnsenkung erlangen haben. Die Differenzen waren innerhalb 3 Tage beseitigt. Eine Betriebsänderung hätte ganz vermieden werden können, wenn die Direktion nicht unter Benützung des Einflusses unserer Organisation jede Verhandlung mit dieser abgelehnt hätte. Der Direktor der englischen Gasfabrik, Herr Drog, dürfte aus den Vorgängen ersehen, daß das frühere Ignorieren und Bekämpfen der Organisation zum Schaden der Betriebe auszufließen kann. Auch die auf der englischen Gasfabrik beschäftigten Kollegen wollen aus dem Erfolg ihrer Kollegen auf der Frankfurter Gasfabrik ersehen, wessen sie auch fähig sein könnten, wenn sie mannhaft wie diese für ihr Organisationsrecht und Besserung ihrer Lage eintreten wollten.

Frankfurt a. Main. In der Mitgliederversammlung am 1. Oktober referierte Kollege Köhler über: „Die Aussperrung in der Gasfabrik und welche Lehren ziehen wir daraus?“ Er schilderte die Entwicklung der Organisation in diesem Betriebe und führte aus, wenn auch die für uns in Frage kommenden Arbeiter der Gasfabrik gut organisiert sind, so hätten wir doch nicht daran gedacht, die Forderungen, welche gestellt waren, mit Hilfe eines Streiks durchzudrücken, das beweisende die ganze Taktik, welche man hier angewandt habe. Er habe nach allen Seiten dafür gesorgt, daß nicht in der Öffentlichkeit bekannt würde, daß die Organisation irgendwem engagiert sei; somit wäre, sobald die Direktion sich hartnäckig geweigert hätte, ein Rückzug möglich gewesen, ohne daß unser Verband der Schwäche bezichtigt werden konnte. Auch die Maßregelung Troops habe ihn nicht irritiert, um so unvernünftiger sei ihm die Aussperrung über den Hals gekommen; daß dann natürlich mit aller Schärfe gekämpft werden mußte und gelämpft worden ist, sei selbstverständlich. Die öffentliche Meinung war auf unserer Seite, weil nicht wir, sondern die Direktion den Kampf angefangen habe. Der Kampf selbst und der Ausgang desselben seien bekannt. Er habe den Kampf von vornherein für aussichtslos gehalten, weil der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte. Redner gestalte das Verhalten der betreffenden Arbeiter (scharf); nur dadurch sei die Direktion gezwungen worden, weil die Arbeitswilligen nicht genug geübt waren. Es sei dafür zu sorgen, daß die Organisation immer mehr erstärke, dann würden Siege wie dieser nicht vereinzelt bleiben. Daraus beschloß man sich mit der Gaukonferenz. Das Nichtbeantworten einiger an den Gauvorstand gerichteter Briefe wurde scharf getadelt; wo soll es hinführen, wenn Gauvorstände es nicht für nötig erachten, von den Zahlstellen an sie gerichtete Anfragen zu beantworten! Kollege Sendelbeck meinte, von Offenbach sei man Sanftmütigkeit und Schlamperei gewöhnt. Kollege Keuring geht hierauf auf die Bekanntmachung des Gauvorstandes im „Proletarier“ betreffs der gemählten Hülfsarbeiter ein; er wundere sich allerdings nicht, daß die Wahl derart angefallen sei, nachdem der Kollege Brey auf dem Verbandstage schon keine Lust gezeigt hätte, die Stellen auszu-schreiben; daß er den Willen des Verbandstages nur pro forma befolgt hätte, beweise die Wahl, allerdings sei es nicht Brey allein, sondern der gesamte Vorstand und Ausschuss, welche hier ganz offensichtlich Setternwirtschaft getrieben hätten. Er sei weit entfernt, den beiden Gewählten die Befähigung anzusprechen, aber daß gerade in Hannover die beiden Befähigten sind von 112 Bewerbern, alle im übrigen Deutschland wohnenden aber weniger fähig, würden wohl auch noch andere in Zweifel ziehen; er sei der Meinung, nachdem der Hauptvorstand und Ausschuss bewiesen haben, daß sie das Vertrauen des Verbandstages zugunsten ihrer Umgebung ausnahmen, dürfe in Zukunft kein Verbandstag wieder an diese Korporation den Auftrag zur Anstellung von Beamten geben, weil sie dieses Vertrauen in ganz schamloser Weise mißbrauche. Kollege Bernhardt ist ebenfalls der Meinung, daß die Wahl nicht ganz einwandfrei erfolgt sein könne. Kollege Ebers ist der Meinung, wenn der Hauptvorstand den Posten vorher schon so gut wie vergeben hatte, so mußte er das offen auf dem Verbandstag sagen und nicht erst über 100 Kollegen verurteilen. Kollege Sendelbeck ist von jeher der Meinung gewesen, daß bei dem Hauptvorstand nicht alles nach dem Prinzip geht, wie das der Fall sein sollte, jetzt glaube er aber, daß einfach Korruption im Spiele sei, der Hauptvorstand verdiene das ihm vom Verbandstag übertragene Vertrauen nicht; daß in Hannover nicht die geeigneten Kräfte fänden, sei längst bewiesen, der Verbandstag müsse dort weg, eher trete keine Besserung ein; er sei nur neugierig, welcher Mittel Ausschuss und Hauptvorstand bei der Anstellung der Gauvorstände sich bedienen würden. Jedem anständigen Verbandskollegen müsse

die Schamröte ob solchen Treibens in Gesicht steigen. Kollege Eber meinte, er wolle sich jeder Benützung enthalten, hätten die beteiligten Leute gesündigt, so würde der nächste Verbandstag die Sache einfach korrigieren. Eine Resolution, welche folgenden Wortlaut hat, fand einstimmige Annahme: „Die heutige Mitglieder-Versammlung protestiert gegen das Verhalten, welches seitens des Vorstandes und Ausschusses bei Anstellung der Hülfskräfte gepflogen wird; bei so einseitigem Vorgehen muß das Vertrauen zu den leitenden Personen schwinden, überhaupt der Verband die schwersten Schädigungen durch solche Manipulationen erleiden.“ Die Versammlung erzielte um 11 1/2 Uhr ihr Ende. (Was soll denn das ganze „Settern“ und der große Aufwand moralischer und sittlicher Entrüstung? Bei der Anstellung war die Befähigung entscheidend. An Eidesstatt versichern wir, daß wir mit den angestellten und anzustellenden Kollegen weder verwandt noch verschwägert sind, angepömpelt haben wir sie noch nicht, auch Handselbe haben sie nicht geschmeckt! Hat der Verbandstag die Anstellung eines Kollegen aus Hannover verboten? Daß in Hannover nicht die zur Anstellung geeigneten Kräfte sind, diesen Nachweis hat sich der Kollege Sendelbeck doch selbst in seiner Phantasia geliefert. Jeder dieser noch ein anderer der Kollegen, welche in der Versammlung die Schale ihres Jornes über Vorstand und Ausschuss ergossen, kennen den angestellten Kollegen, der bis zum 17. September 1904 in der Fabrik stand, persönlich, und noch weniger kennen sie seine Befähigung, aber losgegetert wird. Ein solches Verfahren richtet sich selbst. D. K.)

Frankfurt a. M. Vom warmen Herzen für seine Arbeiter hat Herr Peter, Inhaber der Mitteldeutschen Gummi-fabrik hier, Raungerlandstraße, einen neuen recht drastischen Beweis durch Vorlegung eines neuen Tarifs für Motorreifen seinen Arbeitern im allgemeinen, den Ringmachern im besonderen geliefert. Das Ringmachen, eine schwere, ungesunde und jetzt schon in dieser Fabrik ganz miserabel bezahlte Arbeit, soll jetzt noch mit weiteren Verschlechterungen bedacht werden. Wir wollen aus dem vorliegenden umfangreichen Tarif nur einige Positionen herausgreifen, die zur Gänze den Tarif, mit welcher Rigorosität beim „Ausarbeiten“ des neuen Tarifs vorgegangen

Dimension	Profil	per Stück alter Tarif	per Stück neuer Tarif
120 mm	820x120	3,51 Mk.	3,10 Mk.
	850x120	3,51	3,10
	920x120	3,60	3,20
	1020x120	3,78	3,30
100 mm	840x100	2,07	1,70
	840x100	2,16	1,90

Herr Peter hat, das muß zugestanden werden, wirklich mit einem Male ganze Arbeit zu leisten verstanden, nur wird es sich fragen, ob diejenigen Arbeiter, welche es bisher stets vorgezogen haben, sich mehr auf die schönen Worte des Herrn Peter zu verlassen, als auf eine Organisation, welche diese Abzüge energisch bekämpft, noch weiter gewillt sind, ihren Kollegen bei der Abwehr derartiger Maßnahmen in den Rücken zu fallen. Schon längst hätten wir Herrn Peter die Suppe austöffeln lassen, hätte nicht ein so großer Teil der Arbeiterschaft dieses Betriebes, allen Ermahnungen zum Trotz, in reiner Verbblendung dies unmöglich gemacht. Jetzt müssen diese Arbeiter sehen, was sie durch ihre Gleichgültigkeit angerichtet haben. Während die Organisation einige Pfennige Beiträge verlangt, welche diesen Arbeitern zu viel sind, haben sie jetzt das Vergnügen, Herrn Peter jährlich einige hundert Mark „schenken“ zu dürfen, oder werden sie sich jetzt aufraffen, um diesem grausamen Spiel ein Ende zu machen? Wie sehr die Beamten des Herrn Peter die Ohnmacht der Arbeiter kennen, beweist der höhnische Juris eines dieser Herren: „Na, wolle ihr jetzt nicht streiken?“ Jedenfalls nehmen sich für diesmal die Indifferenten das zu Herzen, daß sie allein es sind, die diesen Abzug verschulden; es wird ihnen dann durchaus nicht schwer fallen, den Weg der Abhilfe zu erkennen. Denn, daß dies nicht der letzte Abzug ist, den Herr Peter vornimmt, ist nach allen bisherigen Erfahrungen bewiesen, also ist es den Arbeitern selbst in die Hand gegeben, welchen Weg sie wählen. — Auch unter den Arbeitern auf den Adler-Fahrradwerken läßt es, weil der Vorsitzende des Arbeiter-Ausschusses eingestellt worden ist. An den Arbeitern liegt es jetzt, ihr Wort zu sprechen. Öffentlich fällt es so aus, wie es sich für Männer gebührt.

Röln. Eine gemeinsame Versammlung der Zahlstellen von Röln und Umgebung tagte am 25. September. Es wurde über die Verschmelzung aller in Röln und den Nachbargemeinden vorhandenen Zahlstellen beraten. Es wurde die Verschmelzung gegen einige Stimmen beschlossen und außerdem der Antrag auf Erhebung eines Extrbeitrages von 5 Pf. pro Mitglied und Woche angenommen. Folgender Resolution gab man dann noch seine Zustimmung: „Die heute im Lokal „Zum goldenen Säwen“ tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Zahlstellen von Röln und Umgebung beschließt die Verschmelzung sämtlicher in Betracht kommenden Zahlstellen. Die Verschmelzung verpflichtet sich von der Verschmelzung jedoch nur einen „agitatoren“ Wert, wenn zugleich die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers damit verbunden ist, weil ein im Dienste des Kapitalismus stehender Kollege ohne Gehaltszahlung seiner Existenz nicht in der Lage ist, wirklich agitatorisch tätig zu sein. Zugleich weist die Versammlung die lächerliche, nicht von großer Kenntnis der hiesigen Verhältnisse zeugende Zustimmung des Hauptvorstandes zurück, den Gauleiter von Rhinland und Westfalen mit der Führung der hiesigen Zahlstelle nach der Verschmelzung zu betrauen; denn erstens kann kein Mensch zwei Herren dienen und zweitens könnte dann jede größere Stadt in Rheinland und Westfalen mit demselben Rechte dieses unsinnige Ansinnen an den Gauleiter stellen. Zum Schluß erneuert die Versammlung den Antrag des Gauvorstandes, der Hauptvorstand möge einen Zuschuß von monatlich 50 Mk. bewilligen, bis die Zahlstelle 1000 Mitglieder überschritten, damit die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers sofort ermöglicht wird, und erwartet ganz bestimmt, daß der Vorstand diesem Antrage seine Zustimmung gibt.“ — (Wenn alles, was in Röln geschieht, so wenig „lächerlich“ und „unsinnig“ wäre, und weniger von nicht großer Kenntnis zeugte, wie unser begründeter und berechtigter Vorstoß, dann wäre manches besser. Z. B.)

— Mangel an Disziplin, verleihe Gültigkeit oder was sonst? Wir erhalten folgendes Schreiben:

An den Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes
a. S. des Herrn Aug. Brey
Hannover.

Dem Vorstande mache ich hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem 1. Oktober d. aus dem Verbands ausgetreten bin und bitte daher, weitere Korrespondenz usw. nicht mehr an mich gelangen zu lassen.

Die Gründe meines Austritts habe ich mit dem Gauleiter Fittgen und dem Geschäftsführer Klevisch besprochen.
Hochachtungsvoll
H. Otten.

Der Schreiber war Delegierter zu den Verbandstagen in Garmburg und Offenbach, hat verschiedentlich Referate für unsere Organisation gehalten und war zuletzt Bevollmächtigter der Zahlstelle Köln-Schrenkfeld. Ein solcher Mann hat also auch „Gründe“ zum Austritt. Materielle Art sind sie nicht, denn er hat als Angestellter der Ortskrankenkasse sein Auskommen. Was sind also die „Gründe“? Mangel an Disziplin und verleihe Gültigkeit. Weil seine Vorschläge bezüglich Anstellung

eines beforderten Geschäftsführers und Verschmelzung der Zahlstellen Widerpruch fanden, deshalb das Austritten. Anderer Vorschläge für unsinnig und lächerlich erklären, andere mangelnder Kenntnis zeihen, das darf wohl Oiten, aber ihm, dem Oiten widerprechen? Unerhörte, da muß ausgetreten werden. Ob dem Manne der Gedanke der Organisation wohl hantief gefessen hat?

München. Von der Wacht- und Schließgesellschaft. Mitte woch, den 5. Oktober, nachmittags 3 Uhr versammelte sich das Personal der Wacht- und Schließgesellschaft im Peterstetter, um große Mißstände in ihrem Geschäft zu besprechen. Unter den Beuten gart es zurzeit wieder und herrscht eine große Erbitterung, insbesondere bezüglich der Behandlung des Personals durch Inspektor Zimmer. Der Geschäftsführer unserer Zahlstelle, Kollege Hämmerl, meinte eingangs seines Referats, daß man damals, als Gewerbe-Bevollmächtigter Döbler im Gemeindegewerkschaft eine derbe Kritik übte an der Wacht- und Schließgesellschaft, hoffte, daß eine Wendung zum Besseren eintritt. Stattdessen hätten sich die Verhältnisse bedeutend verschlechtert. So wurde dem Personal die alle Monat zweimal gewährte Freinacht wieder entzogen, dafür allerdings eine Aufbesserung von fünf Mark gewährt. Die Direktion stellt sich auf dem Standpunkt, daß eine Freinacht bei der ohnehin kurzen Dienstzeit von nur sieben Stunden (in Wirklichkeit sind es aber neun) überflüssig sei; dies war eigentlich auch die Ursache des letzten ausgebrochenen Streiks. Eine weitere Verschlechterung sei, daß ein anderer Zahlungsmodus eingeführt und statt alle acht Tage nur noch am 5. (I) und 20. (I) jeden Monats ausbezahlt werde. Inspektor Zimmer, der durch die Solidarität der Holzarbeiter in seinem Beruf als Werkmeister unendlich wurde, sei der Wacht- und Schließgesellschaft gerade gut genug. Der Herr, der weder seine Leute, noch deren Revier kenne, müsse, ob er in Zivil oder in Uniform stecke, militärisch gegrißt werden. So hatte er einen Wächter in der Au gemeldet, weil dieser angeblich seinen Rundgang nicht richtig ausführte. Dagegen verwahrte sich selbstverständlich der Wächter und nannte einen Polizeiwachmeister als Zeugen. Für den Herrn Direktor war jedoch der Wachtmeister nicht maßgebend. Einen Kontrolleur beauftragte der Inspektor, einen ihm mißliebigen Wächter zu beobachten. Dieser hatte aber keine Ursache zu einer Meldung. Am anderen Tage wurde der Kontrolleur zur Rede gestellt, warum er über den Wächter keine Meldung erstattete, und auf seinen Einwurf, daß er hierzu keine Ursache habe, weil der Dienst richtig gemacht worden sei, antwortete der Inspektor, das sei ganz gleich, deshalb müsse er ihn doch melden. Ein weiterer Mißstand sei der, daß die Wächter, falls sie einmal krank werden sollten, nach ihrer Wiedergenesung in ein anderes Revier versetzt werden, jedenfalls, damit die Wächter mit den Abonnenten nicht bekannt werden. Den starken Wechsel bei der Wacht- und Schließgesellschaft beweise auch der Umstand, daß, trotzdem der Stand nur 65 Mann beträgt, in einem Jahr nicht weniger als 169 Mann von der Gesellschaft aus- und abgemeldet wurden. Der Referent forderte zum Schluß auf, alle Mißstände und Ungehörigkeiten zur Kenntnis der Organisation zu bringen und dieselbe unter allen Umständen hochzuhalten. Portier Hörmann, ehemaliger Wächter, konstatiert, daß man von den Wächtern einen tadellosen Leumund fordere. In den Prospekten werde den Abonnenten gesagt, daß in der Nacht sieben- bis achtmal kontrolliert würde; es seien jedoch Reviere vorhanden, wo der Wächter höchstens zweimal die Runde machen könne. Die Reviere eines Wächters seien oft bis zu drei Stunden groß; beschwere sich ein Abonnent, daß er den Wächter nicht gesehen habe, so werde der Wächter bestraft. Nachdem noch eine Reihe weiterer Mißstände kritisiert wurde, versprach der Referent, alle diese Zustände der Öffentlichkeit zu übergeben, um den Abonnenten zu zeigen, wie es in diesem Sicherheits-Zustand aussieht.

Neu-Flensburg. In einer mäßig besuchten Versammlung erstattete am 25. September Kollege Knödel aus Offenbach Bericht über den Verbandstag. Der Referent legte in klaren Worten den Nutzen unseres Verbandes, welcher nun durch die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung noch bedeutend erhöht werden ist, dar. Die Versammlung war mit den Arbeiten des Verbandstages einverstanden, und begrüßte hauptsächlich die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung.

Spandau. Anmütige Lohnrücklagen scheinen in der hiesigen Metallwaren-Fabrik jetzt in Ausnahmemaße kommen zu sollen. Während in den früheren Betriebsperioden ungelernete männliche Arbeiter gegen einen Tagelohn von 3 Mark gelehrte Arbeiter nicht unter 3.50 Mark, eingestellt worden sind, wird in diesem Jahre versucht, die Arbeiterlöhne stark herabzudrücken. Arbeiter, die früher im Accord ausgeführt wurden (z. B. Heftmaschinen) und einen Verdienst von 4 Mark und darüber pro Tag abwarfen, bot man in diesem Jahre einigen Arbeitern gegen einen Tagelohn von 2 Mark an; natürlich verzichteten die betreffenden Arbeiter dankend. Einem Klempner wurde ein Tagelohn von 2.50 Mark geboten, während der in Spandau ortsübliche Lohn für Klempner mindestens 3.50 Mark beträgt, welcher Lohn auch früher in der Fabrik ausgezahlt wurde. Es scheint, als ob die Geresvervaltung hier Sparlichkeit auf Kosten der Arbeiter betreiben möchte.

Wandsee. Versammlung vom 14. September im Gewerkschaftshaus. Kollege Bruns erstattete den Bericht vom diesjährigen Verbandstag und entledigte sich seines Auftrages in ausführlicher Weise. Die Protokolle vom Verbandstag sollen zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Zur Reorganisation des Hauskassensystems wird beschlossen, vom 1. Oktober d. J. an hat alle 14 Tage alle 8 Tage die Kassierung vorzunehmen. Auf Antrag Schröder wird dem zweiten Bevollmächtigten, Kollegen Frey die Vergütung auf 120 Mk. pro Jahr erhöht. Zu der am 23. Oktober in Remmuniten stattfindenden Gaukonferenz wurde Schröder als Delegierter und Martens als Stellvertreter gewählt. An Daten wurden 7 Mk. und freie Fahrt dritter Klasse bewilligt. Den Kartellbericht erstattete Frankfort. Schliemann verlas die Abrechnung vom Sommerfest, monach ein Ueberschuss von 21 Mk. bleibt. Das Geld wurde der Lokalasse überwiesen. Nach Bestellung der neu aufgenommenen Mitglieder erfolgte Schluß der Versammlung.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 28. September folgende Beiträge ein:

- Böding 7.45.10. Ruffa 55. Oberberg 10. Häfelsholz 27.77. Heim a. M. 11.45. Fritzwalden 19.85. Göppingen 3.7. Sauer 44.80. Kordshausen 24.49. Köpcke 38.78. Effenbach a. M. 327.88. Driesheim 88.50. Grevesmühlten 27.90. Böttinger 4.1. Hirschwiler 71.70. Röllm-Hoppe 41.10. Dänemark 12.41. Rederlöhne 69.03. Angsburg 185.73. Georgswerber 14.70. Röhren 60.55. Kellinghausen 50.91. Zehnwägen 11.70. Wisteban 9.28. Kantenberg 11.1. Wittenberg 20.72. Tegel 28.91. Oberberg 186.20. Neuhof a. d. S. 36.90. Niederschlag 131.85. Sandberg 15.50. Hohenberg 43.95. Schwetta a. d. S. 8.47. Blaukeuse 7.50. Hirschheim 8.24. Hög 61.90. Tüschow 62.22. Dürfen 41.99. Marne 81.49. Sauerhausen 117.15. Elzenberg 53.76. Jersdorf a. M. 73.85. Straßberg 70. Oberberg 4.80. Leipzig 15. 1433.07. Hainsberg 60.72. Remmuniten 412.27. Gesswig (Kasp.) 149.25. Oppan 53.55. Gesswig 52.05. Zengsdorf 23.90. Löning 16.90. Ockenitz 1. 12.80. Riedel 60.50. Linden 1. 20.90. Gesswig 45.75. Köpen 42.37. Wöhringen 25.87. Schmalwitz 10.75. Gesswig 22.63. Gesswig 20.45. Köpen 62.35. Gesswig 23.53. Böhmerberg 14.85. Streitz

13.90. Wundstebel 65.90. Heibelberg 22.98. Sandhofen 12.45. Bad-Weinfelden 20.30. Charlottenburg 365.56. Zalkow 381.68. Gerzfeld 120.93. Woltershausen 45.30. Varstedt 1345.70. Wandsee 1288.20. Postabonnement 11.33.
Schluß: Dienstag, den 11. Oktober, mittags 12 Uhr.

Bilanz der Abrechnung.

Einnahme in den Zahlstellen:	
Bestand vom vorigen Quartal	6 623,11 Mk.
Ginklingsgeld	2 686,10
Beiträge à 20 und 15 Pf.	91 655,75
Beiträge à 10 und 7 1/2 Pf.	5 543,60
Extra-Beiträge à 10 Pf. und nach § 6 Abs. 7	310,15
Durch Streikmarken gingen ein	427,10
Sonstige Einnahmen für Streiks	7,50
Zuschuß aus der Hauptkasse	4 977,37
Sonstige Einnahmen	108,49
Summa:	111 739,17 Mk.

Ausgabe in den Zahlstellen:	
Reiseunterstützung	1 036,93 Mk.
Rechtschutz	292,49
Gewerkschaftenunterstützung	2 606,79
Umgangsgeld	1 558,—
Sterbegeld	2 559,20
Streikunterstützung	9 907,07
Kostenausgaben	24 275,53
In den Zahlstellen zurückbehalten	8 083,27
Abgeschickt an die Verbandskasse	61 419,89
Summa:	111 739,17 Mk.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Gesamt-Einnahme:	
Kassenbestand vom vorigen Quartal	253 748,79 Mk.
Von den Zahlstellen eingesandt	61 419,89
Ohne Abrechnung eingesandt	43,42
Rückst., Streikunterstützung zurückbezahlt	839,01
Preis	43,55
Groß-Salze, Umgangsgeld zurückbezahlt	20,—
Kassen a. S., Rechtschutz zurückbezahlt	15,—
An freiwilligen Zuwendungen für Streiks:	
Braunschweig	200,—
Hamburg II	490,50
Freimetalbau	10,—
Hamburg, Martens	20,—
Postabonnement 2. Quartal 1904	10,59
Für Inserate	34,20
Für Protokolle	36,40
Beiträge von Einzelmitgliedern	104,05
Sonstige Einnahmen	22,63
Summa:	317 058,08 Mk.

Gesamt-Ausgabe:	
An Streikunterstützung	52 097,55 Mk.
An gemäßregelte Mitglieder	425,55
An Umgangsgeld	157,—
An Sterbegeld	120,—
An Rechtschutz	298,58
An Reiseunterstützung	1,—
An Notstands-Unterstützung	210,—
An Schriftstellerhonorar	75,—
An Gehältern	1 550,—
An Versicherungsbeiträgen	96,48
Beiträge an die Generalkommission 4. Qu. 1903	1 552,28
Für Agitation	3 434,42
Für Versand des "Proletarier" Nr. 7-13	1 220,73
Für Druck des "Proletarier" Nr. 7-13	3 429,30
Für Druckarbeiten	1 008,—
Für Buchbinderarbeiten	6,50
Für Bindfaden, Lederpappe, Pergament	68,40
Für Zeitungsabonnement	19,13
Für Ausschüsse im Bureau	262,—
Für "Gleichheit", "Dsmiata" und "Operaio Italiano"	444,69
Für Marken und Stempel	554,76
Für Zahlstellen-Revision	3,—
Für Schreibmaterialien	5,—
Ergänzung der Verbandsbibliothek	8,75
Entschädigung für Revisoren und Kassierer	73,50
Entschädigungen an den Ausschuß	3,60
Bureau-Miete und Reinigung	73,—
Porto für Briefe und Pakete des Vorstehenden	374,16
Porto für Geld und Briefe des Kassierers	129,99
Zuviel eingesandtes Geld zurückbezahlt	3,67
Zuschuß an die Zahlstellen	4 377,37
Summa:	72 073,40 Mk.

Bilanz:	
Gesamteinnahme	317 058,08 Mk.
Gesamtausgabe	72 073,40
Reicht & Rebestand	244 984,68 Mk.

Hannover, den 6. Oktober 1904.
Aug. Brey, 1. Vorstehender. Feur. Saß, 2. Vorstehender.
Fritz Brand, Kassierer.
Die Revisoren:
H. Niemeyer. Ferdinand Philipps. Karl Bauer.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

H. R. 3211, ausgeleitet am 7. Oktober in Hannover auf den Namen Emil Sandgraf.
58 585. Ausgegeben für O. F. Schuber, eingetroten am 3. März 1903 in Stuttgart.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Alger. Franz Steinweg II, Unterer blauer Hut.
Bogen. Otto Krause, Schloßstr. 21, 1. St. Dasselbst Reiseunterstützung vom 12-1 Uhr mittags.
Böhmen R. 2. (Gau 8). Joh. Kersten, Karlsruh. 28.
Bergedorf. Die Auszahlung von Reisegehalt erfolgt bei Joh. Beder, Sande, Bederkamp.
Blauenburg a. S. Alte Halbersübderstr. 2.
Breslau (Gau 10). Fritz Goppich, Lauenburgerstr. 31a.
Fühth. Hilz Jender, Kaiserstr. 97, 1. St.
Fühth i. S. Verkehrslosal im "Saalbau" (Gewerkschafts-Gau), Hauptstrasse.
Galle a. S. Gust. Schäfermichl, Schützenstr. 10.
Halberstadt. Friedr. Alhelm, Karlsplan 22.
Hannover. Aug. Reimold, Linastr. 77, 1. St.
Halslag (Gau 13). H. Jakob Schmitt, Kaiserplatz.
Hög (Hain). Franz Bunker, Königlicherstr. 35, III.
Hög (Hain). Paul Reichmann, Breslauerstr. 6, S.
Höhe (Gau 16). Friedrich Teigler, Baum, Euerberg.

Hörsberg. Karl Herrman, Steinbühl, Alexanderstr. 4, 1. St.
Reisegehalt bei Emil Teich, Schloßstr. 21.0.
Hofheim (Gau 13). Franz Köhler, Schloßstr. 7.
Hörsberg. Heinrich Heit, Koppelstr. 29.
Hög. Fr. Boh, Lindenstr. 344.
Hörsberg (Gau 19). B. Fischer, Wallstr. 169.
Hörsfeld. C. Friedr. Kleinig, Kallgraben.
Hörsfel. Herrn. Junke, Döhren, Brandstr. 10.
Wundstebel. Reise-Unterstützung wird ausbezahlt bei Christoph Hoff, Nr. 329. Verkehrslosal ist Alles Schliehaus (Georg Kasper).

Eingegangene Zahlstellen.

Smund und Sonneberg. Angehörigen haben sich: Redargartach an Zellbrom, Dänemark, Nippes, Wessling und Ehrenfeld an Röß, Rowawes an Potsdam, Woltershausen an Bremen. Zu einer Zahlstelle verschmolzen sich beide Zahlstellen in Halle.

Ausschreibung.

Die vereinigte Zahlstelle Hannover sucht zum 1. Januar einen **Geschäftsführer**. Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise auf ein Jahr, von da ab unter gegenseitiger vierjährlicher Kündigung. Die Honorierung erfolgt unter der für Gauleiter und Hauptarbeiter geltenden Skala. Die Bewerber müssen eine Beschreibung ihres Lebenslaufes und Angaben über die bisherige Tätigkeit einsenden. Bewerber müssen Mitglied der vereinigten Zahlstelle sein. Bewerbungen sind mit der Aufschrift "Bewerbung" bis zum 15. November zu richten an den Kollegen **Georg Bergmann, Linden, Bernwardstraße 10, p. 2,70 Mk.]**

Gau 3.

Am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 11 Uhr, **Gaukonferenz in Magdeburg** im Lokale des Herrn Hesse, "Bürgerhaus", Stephansbrücke. Tagesordnung:
1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht des Kassierers.
3. Agitation.
4. Verschiedenes.

Anträge zur Gaukonferenz sind vorher bei dem Gauvorstehenden G. Rannick, Magdeburg-Neustadt, Rathenferstr. 2, einzureichen. Bitte die noch ausstehenden Fragebogen einzusenden. **Der Gauvorstand.**

Gau 8.

Die diesjährige **Gaukonferenz** tagt am 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, in **Lehnows Volksgarten, Sanderselde** bei Spandau. Tagesordnung:
1. Bericht des Gauvorstandes: a) Vorstehenden, b) Kassierers
2. Agitation.
3. Anträge der Zahlstellen.
4. Wahl des Gauvorstehenden.
5. Wahl des Ortes der nächsten Konferenz.
6. Verschiedenes.
Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Sie müssen mit Mandaten versehen sein. **Der Gauvorstand.**
J. A.: G. Bennewitz, Agdorf, Hermannstraße 45 4. Et

Inserate.

Zahlstelle Oberwalde. Sonntag, den 23. Oktober, 4 Uhr nachmittags, Mitgliederversammlung im Restaurant "Zur Mühle". Bericht von der Gaukonferenz und Abrechnung vom 3. Quartal. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder gewünscht. **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Geesthacht. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Kollegen F. Pöhn. Tagesordnung:
1. Abrechnung. 1. Jahresbericht. 3. Kartellbericht. 4. Lokalfrage. 5. Vorschlägen der Bevollmächtigten und Revisoren. 6. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Kall. Unsere Mitgliederversammlungen finden vom 1. Oktober ab wieder regelmäßig jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rieck, Viktoriastraße 70, statt. **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Lüneburg. Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß die Zahlstelle Lüneburg seit 1. Oktober 1904 ein Bureau errichtet hat im "Vereinshaus", Johannisstraße 50-52, Zimmer 11. Dasselbst ist geöffnet an Werktagen von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9-11 Uhr vormittags. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Rendsburg. Sonntag, den 23. Oktober 1904: **Grosser Ball** in der "Neuen Welt", Grünstraße 2. Um zahlreichen Besuch bitten. **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Belten i. M. Der Hilfskassierer von Bögow ist der Kollege Franz Christophersen in Bögow. **Die Bevollmächtigten.**

Slomke's Städtebuch. Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Begleitar, 356 Seiten, geb. 1,20 Mk. In allen Buchhöl. zu haben oder gegen Einf. von 1,40 Mk. bei G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Auf zur Agitation!

Die mit der heutigen Nummer zum Versand kommende Abrechnung weist wieder eine Vermehrung des Mitgliederbestandes auf. Die Zahl von 47 779 ist erreicht. Obwohl uns dieses Fortschreiten der Organisation mit Freuden erfüllt, müssen wir doch sagen, daß in Anbetracht der großen Zahl ungelerner Arbeiter und Arbeiterinnen sowohl unsere Mitgliederzahl als auch unser Kampffonds größer sein müßte. Noch sind ungezählte Scharen von Kolleginnen und Kollegen unorganisiert, haben sich nicht eingegliedert in das große Heer der um ihre Besserstellung kämpfenden Kollegen und haben deshalb auch keine Möglichkeit erhalten, materielle Opfer zum Befreiungskampfe beizutragen zu können.

Auf diese große Schar unorganisierter Kolleginnen und Kollegen unser Augenmerk zu richten, das ist unsere Aufgabe. Wohl sind viele unter den Fernstehenden, denen bislang Gelegenheit geboten war, sich zu organisieren, bei denen es also böser Wille ist, wenn sie uns fernblieben; aber das trifft nur auf die kleine Zahl zu, die Mehrheit der in Tagesmühen und Qualen Schuftenden, sie hat bislang in Unkenntnis der Dinge ihr hartes, schweres Los als ein unabwehrbares, von übernatürlicher Gewalt und Macht ihr auferlegtes angesehen; sie lebt im dem Glauben, daß jedes Bölen gegen den Stachel, jeder Versuch, ihre Last zu lindern, vergeblich und aussichtslos sei, ja, die Qualen und Leiden noch unerträglich gestaltet! Es gilt, diesen nicht ewig Blinden mit der Himmelsfackel der Agitation und Aufklärung den Weg zur Organisation zu weisen, damit ihnen strahle die Erkenntnis der Macht, die im Zusammenschluß der Schwachen liegt, die nur ohnmächtig sind, so lange sie vereinzelt und einsichtslos dastehen, aber unüberwindlich werden, wenn sie anfangen, sich zu zählen und ihre Macht zu schätzen.

Daß sie ihre Macht nicht nur schätzen, sondern auch in wirkungsvoller Weise gebrauchen lernen, den heute noch abseits stehenden Leidensgenossen und Genossen das zu lehren ist Aufgabe der organisierten Kollegen! Wissen ist Macht! Einheit, Einigkeit ist Stärke! Wissen und Einigkeit, sie legen die Kolleginnen und Kollegen in die Lage, ihren Bedrückern lustige Augenblicke in bezug auf Arbeits- und Lohnbedingungen abzurufen, und wenn es die Unternehmer nicht anders sehen wollen, abzuwenden zu können. Es ist ein Märchen, es sind zur Verhöhnung großer Kräfte, wenn da erzählt wird, daß die Unternehmer aus eigenem guten Herzen, aus geschäftlicher Einsicht, aus christlicher Nächstenliebe, aus Menschenfreundlichkeit und aus dem Ausfluß der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital und wer weiß aus welchen Gründen noch den Grundsatz befolgten: „Gebt dem Arbeiter, was des Arbeiters ist.“ Es ist jedem Kollegen bekannt, daß die Verteilung des Ertrages der Arbeit sich nicht regelt nach ethischen und moralischen Grundsätzen, sondern daß dabei höchst materielle Einflüsse im Spiele sind. Verdienen wollen die Unternehmer, Profit machen; Gewinn erzielen und was geeignet ist, im Hauptbuche des Kapitalisten die Reinertragsziffer anschwellen zu lassen, das steht immer im Einklang mit kapitalistischer Sitte und bourgeois Moral, auch wenn die Arbeiter dabei hungern und darben müssen. Gegen niedrige Bezahlung lange Arbeitsleistung, Berrichtung möglichst vieler unbezahlter Arbeit durch die Arbeiter, das entspricht der Sitte, Moral und Ordnung, aber auch nur so lange, als es geduldige Arbeiter gibt, die sich so geartete Sitte und Ordnung gefallen lassen, nicht dagegen opponieren. Das Blättlein wendet sich, wenn die Arbeiter zu machtvolltem Protest dagegen schreiten. Wie und wo kann dieser Protest am machtvollsten und wirksamsten erhoben werden? Durch den einzelnen in seinen vier Pfählen? Nimmermehr, da erschallt es, um ungehört zu verhallen. Das Aufbäumen des einzelnen ist zwecklos. Nur durch die Vereinigung, durch die Organisation können die Arbeiter wirksam gegen Ausbeutung und Unterdrückung protestieren. Die Organisation wird es aber nicht bei bloßen Protesten bewenden lassen, sondern dafür eintreten, daß das Recht der Arbeiter auf eine bessere Bezahlung, eine kürzere Arbeitszeit auch in die Tat umgesetzt wird. Daher auf zur Agitation, damit sich das Heer der Indifferenten, welches heute unserer kulturellen Arbeit noch hemmend im Wege steht, vermindert, aus Feinden und Gleichgültigen uns Mitkämpfer und Mitstreiter erschaffen!

Die jetzige Zeit eignet sich besonders zur Aufklärungs- und Agitationsarbeit. Die Sorgen, die Not, die Pein des Daseins, sie brauchen heute keinem Kollegen geschildert zu werden, er kennt sie. Sie brennen ihm in der Seele, saugen ihm am Mark des Lebens! Es gilt, ihm die Mittel zu weisen, wie Sorge und Not eine Binderung erfahren. Da teilen wir ihm nur die Beschlässe des letzten Verbandstages mit. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, die jeder Kollege und jede Kollegin, sobald sie heute Mitglied werden, schon über Jahresfrist erhalten, ist sie nicht geeignet, Not und Elend der Erwerbslosen in fühlbarer Weise zu lindern? Arbeitslosigkeit und Krankheit sind gefürchtete Feinde der werktätigen Bevölkerung.

Wo die Arbeitslosigkeit über die Schwelle des Arbeiterheims schreitet, da verschwinden Wohlergehen und Frohsinn, die bleiche Not, Entbehrung, Hunger und Kummer ziehen ein. Arbeitslos sein bedeutet Verarmung, Verschuldung, Verpfändung der unentbehrlichsten Gabenleistungen. Die Arbeitslosigkeit treibt ehrliche Menschen auf die abschüssige Bahn der Vergehen, sie bringt monatelanges Hinschleppenlassen an der Kette des Gläubigers, des Kreditgebers; sie erregt jenen Zustand des Stumpfsinns, der jedes Aufstehen zu einer Tat unmöglich macht, jeden Widerstand bricht; sie führt zur vollendeten Ohnmacht, zur Verzweiflung, in welcher der Mensch nur noch auf Erlösung durch den Tod hofft.

Tausende unserer Kollegen sind ungenügend, aber viele, viele Landarbeiter gar nicht gegen die Gefahren der Krankheit versichert. Ist der Körper den Strapazen der Arbeit nicht mehr gewachsen, werden die Kollegen aufs Krankenlager geworfen, dann beginnen trübe Zeiten, in denen es am Notwendigsten mangelt.

In beiden Fällen greifen wir übers Jahr mit der Erwerbslosenunterstützung ein. Mit dieser hat unsere Organisation eine großartige Erweiterung erfahren. Als Kampforganisation beeinflusst sie Lohn- und Arbeitsbedingungen, erringt bessere Bezahlung; ihr Vorhandensein hindert die Unternehmer an der Vornahme von Lohnreduzierungen; durch die Erwerbslosenunterstützung macht sie unsere Kollegen kampffähiger und bewahrt sie vor sittlichem, moralischem und materiellem Verfall. Wer will angesichts solcher Leistungen kommen und sagen, die Opfer, die wir von unseren Verbandsgenossen und Genossen fordern, seien zu große, die Beiträge zu hoch! Nur Einheitslosigkeit, Kurzsichtigkeit, wenn nichts Schlimmeres kann mit derartigen nichtigen Einwänden kommen. Hinweg damit! Mund und Kopf gewandt an das Hervorheben der großen Einrichtungen, die unsere Organisation jetzt aufweist, damit viele Kollegen der Organisation gewonnen werden. Verbandsgenossen! Auf, zur Arbeit für die Organisation! Unorganisierte Kollegen! Heraus aus der Nacht eurer Einheitslosigkeit, weg mit dem tatenlosen Dasein, hinein in die Organisation, zu tatkräftiger Arbeit für die Besserung eurer Lage!

Einiges aus der chemischen Berufs-Genossenschaft.

Die Chemische Industrie, welche es bei den niedrigen Löhnen, langer Arbeitszeit und berückichtigten Fabrikordnungen zu bedeutenden Betriebsüberschüssen bringt, ist als Berufsgenossenschaft in 8 Sektionen eingeteilt.

Sie zählte insgesamt im Jahre 1903 7747 Betriebe mit 168 950 Bollarbeitern. Gegen das Jahr 1902 sind die Betriebe um 2,76 Prozent, die Arbeiter um 5,04 Prozent an Zahl gestiegen.

Von den 168 950 Bollarbeitern wurden insgesamt 50 690 037 Arbeitsstage geleistet. Eine Uebersicht über die Dauer der täglichen Arbeitszeit ist aus dem Berichte der Berufsgenossenschaft nicht zu entnehmen. Würden die geleisteten Arbeitsstunden in der Statistik aufgeführt, so wäre es leicht möglich, den Nachweis über die gar zu lange Arbeitszeit zu führen.

Nach dem Jahresbericht der Gewerbeinspektion für das Großherzogtum Hessen soll die tägliche Arbeitszeit in der Chemischen Industrie in 72 Prozent der Betriebe 10 Stunden pro Tag betragen. 28 Prozent hätten sonach eine längere Arbeitszeit.

Unsere Kollegen wissen aber, daß auch diese Statistik die wirkliche Arbeitszeit nicht wiedergibt und daß die Zahl der in der Arbeitswoche geleisteten Arbeitsstunden bis 90 und 100, ja auch noch darüber beträgt. Auch für die Arbeiterinnen werden über die 11 Stunden Tagesarbeit noch Ueberstunden bewilligt. Hat doch selbst die heftige Gewerbeinspektion im Jahre 1903 an 163 Arbeiterinnen 1866 Ueberstunden bewilligt. Die Ueberzeitarbeit ist wohl in der Chemischen Industrie noch sehr stark in Anwendung.

Die Summe des Arbeitsverdienstes wird für die gesamte Berufsgenossenschaft mit 174 402 866,48 M. angegeben. Davon entfallen jedoch auf 90 Betriebsunternehmer, die freiwillig versichert sind, 505 499,99 M., 431 Beamte mit mehr als 6000 M. Gehalt 4 516 479,07 M. und auf 1570 Kontorbeamte 3 087 442,68 M.

Es kommen sonach auf je 1 der 90 Unternehmer 56 166,66, auf 1 Betriebsbeamten 10 478,37 M., das sind Löhne, mit denen sich wohl auskommen läßt, während es bei dem Kontorpersonal etwas schmal wird, da es auf jeden Beamten nur 1966,52 M. gibt.

Die Beträge der nicht versicherungspflichtigen Unternehmer und Betriebsbeamten werden, soweit der Jahresverdienst 1500 M. übersteigt, nur mit einem Drittel in Anrechnung gebracht, bei dem Kontorpersonal nur mit einem Fünftel. Es verblieben daher als anrechnungsfähige Löhne 169 355 648,03 M. Sonach würde für je 1 Bollarbeiter der Jahresverdienst 1002,40 M. betragen, unter Abzug der auf die nicht versicherungspflichtigen Personen entfallenden Summe aber nur 984,27 M. oder auf den geleisteten Arbeitstag 3,21 M. Diese Lohnberechnung gibt den wirklich

verdienten Lohn nicht wieder. Bei der Ortskrankenkasse Dresden kamen auf 100 in der chemischen Industrie beschäftigte Personen am 1. April 1903 55,9 männliche und 4,4 weibliche, welche mehr als 3 M. pro Tag verdienten. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Offenbach zählte am 15. Oktober 1903 von 100 in der chemischen Industrie Beschäftigten 68,4 männliche und 3,87 weibliche Personen, welche diesen Lohnsatz überstiegen. Andere Lohnfeststellungen der Krankenkassen sind meines Wissens bis jetzt nicht veröffentlicht worden.

Diese beiden Städte stehen jedoch mit den Lohnsätzen schon etwas günstiger, wie aber sind die Lohnverhältnisse im Rheinland, in Hessen-Nassau, der Pfalz, Bayern etc.? Nach vorübergehend erhaltenen Berichten sind Löhne von 2,50 M. bis 2,80 M. für männliche und 1 M. bis 1,50 M. für erwachsene weibliche Arbeitsbienen gang und gäbe, erst bei sog. qualifizierten Arbeitern tritt die Erhöhung ein.

Neben der Einführung von Akkordarbeitslöhnen und dem berückichtigten Kolonnensystem werden Ueberstunden bis zu Erschöpfung geleistet.

Es ist denn auch erklärlich, daß die Zahl der Unfälle stetig steigt.

In dem Jahre 1903 wurden 9414 Unfälle gemeldet gegen 8427 im Vorjahre, so daß die Zahl der Unfälle um 10,4 Prozent, die der beschäftigten Personen aber nur um 5,04 Prozent gestiegen ist. Auf 1000 gemeldete Bollarbeiter kamen in 1902 50,80 Unfälle, in 1903 aber 53,90.

Es entfallen auf 1000 Arbeiter bei der Sektion

Berlin	64,67 Unfälle
Breslau	59,89
Hamburg	46,81
Köln	50,28
Leipzig	58,32
Mannheim	43,01
Frankfurt	74,14
München	37,66

Die Sektion Frankfurt hat demnach die höchste Zahl der Unfälle — für den, der die Arbeitsverhältnisse von Höchst, Felsenheim etc. kennt, nicht verwunderlich.

Die Statistik weist auch die Anzahl der Unfälle nach den Wochentagen auf; danach entfällt die größte Zahl auf den Donnerstag mit 1554 oder 16,51 Prozent, die kleinste Zahl auf Sonnabend mit 1435 oder 15,24 Prozent. Selbst am Sonntag, „dem Tage des Herrn“, der Ruhe und der Erholung, ereigneten sich 278 Unfälle.

Wenn auch anerkannt werden soll, daß die Zeitung der Berufsgenossenschaft mit eindringlichen Worten auf die stete Steigerung der Unfälle hinweist und durch Belehrung, Empfehlung von Schutzvorrichtungen aller Art und Betriebsüberwachungen eine Verminderung herbeizuführen sucht, so wird diese Tätigkeit von ganz geringem Einfluß bleiben, so lange die Arbeitszeit nicht bedeutend reduziert, das System der unmenschlich langen Arbeitszeit, die Akkord- und Kolonnenarbeit nicht beseitigt wird.

Von den 9414 gemeldeten Unfällen wurden nur 1286 entschuldigendspflichtig. 306 gemeldete Unfälle wurden als solche nicht anerkannt, 834 hatten eine Erwerbsunfähigkeit von weniger als drei Tagen im Gefolge und waren nicht anmeldspflichtig. Die Berufsgenossenschaft wurde für 83,08 Prozent der eingetretenen Unfälle gar nicht belastet, sondern die Krankenkassen hatten die Unterstützungen hierfür aufzubringen.

Auch hieraus ist wieder zu ersehen, wie weit die Behauptungen der Unternehmer, daß die Arbeiter zu den Kosten der durch Unfall verletzten Personen nichts zu zahlen hätten, zutreffend sind.

Nehmen wir für die über 3 Tage arbeitsunfähig gewordenen Personen die Hälfte des Lohnes von 3 M. als Krankenunterstützung, unter Zuzurechnung der Kosten für ärztliche Behandlung und Drümmittel, so dürfte die Summe von rund 800 000 M. aus den Beiträgen der Arbeiter notwendig gewesen sein, um die Kosten der Unfälle zu decken. — Die Zahl der Unfallrentenempfänger betrug am Schlusse des Jahres 1902 9335 und umfaßte 7163 Verletzte, 822 Witwen, 1284 Kinder und 66 Ascendenten. 12 Verletzte vom Jahre 1902, denen die Rente entzogen war, kamen durch Entscheidung der höheren Instanzen wieder den Genuß der Rente. Im Jahre 1903 kamen 1631 neue Rentenempfänger hinzu und zwar 1312 Verletzte, 103 Witwen, 214 Kinder und 2 Ascendenten, während 934 ausgeschieden. Es verblieben am Schlusse des Jahres 1903 10 032 Rentenempfänger. Für diese wurde die Summe von 2 114 507,43 M. gezahlt, oder für 1 Rentenempfänger rund 210,78 M. Noch nicht 70 Pf. pro Tag. Diese Summe schließt die Kosten der Heilbehandlung noch mit ein. Einer solchen „Rente“ gegenüber kann allerdings großes Lob auf die Wohltaten der Unfallversicherung nicht ausgesprochen werden.

Die Sektion Frankfurt zahlte an 48 Rentner die Vollrente mit 100 Prozent in dem horrenden Monatsbetrage von 25 M. bis 131,90 M. 197 Verletzte erhalten eine Rente von 10 Prozent mit 2,60 M. bis 9 M. pro Monat. Man nehme aber nicht an, daß diese Rente für kleine unbedeutende Verletzungen ge-

zählt wird. Ein Arbeiter erhält z. B. für den Bruch beider Knöchel am rechten Fuß 5,30 Mk. pro Monat. Damit aber die Rentenempfänger nicht etwa nach eingetretener Volkstrost die Rente noch erhalten, hat diese Section in ihrem Berichte die Namen derselben unter Beischluß der Rentenbezüge veröffentlicht mit dem ausdrücklichen Hinweis an die Berufsgegenossen, die Kontrolle über diese Personen auszuüben. Gewährt, eine „voriglägliche“ Einrichtung.

Neilen

Korrespondenzen.

Moskau. In der Mitglieder-Versammlung am 21. Septbr. sprach Genosse Keumann über Alkohol und Arbeiterbewegung, wofür der Kollege B. im Namen der Versammlung seinen Dank aussprach. Zur Gaudisfeier wurde der Kollege Schl. als Delegierter gewählt. Dann gab der Kollege Schl. bekannt, daß von den im Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeitern am Reichstag verlangt würde, der Kollege solle zu deren Verband übertreten. In einem Schreiben der Verwaltung ist uns dann mitgeteilt, daß es nicht wieder vorkommen soll und sie auch ihre Anordnung darnach treffen würden. Zum Schluß wurde ausgeführt, daß es endlich an der Zeit sei, mit dem Trinkgelde geben auszuräumen, damit die Betroffenen und namentlich die Gastwirtschaften sich veranlaßt fühlen, für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Berlin. Urge Misthände werden aus dem Kabinet der Siemens-Schubert-Werke (Gammis-Arbeitung) gemeldet. Besonders sind es die gänzlich unzureichenden Löhne, die den Unwillen der Arbeiter und Arbeiterinnen daselbst erregt haben. Wie aus einer ganzen Anzahl Bohrerinnen zu sehen ist, bringen es die Arbeiter bei den überaus gedrängten Flottpreisen häufig nur auf einen Lohn von 10 bis 15 Mk. pro Woche. Auf den Löhnen stehen Wochenverdienste von 10,31 Mk., 10,46 Mk., 11,89 Mk., 15,27 Mk. und so fort in ähnlicher „Pöbe“ verzeichnet. Arbeiterinnen werden sogar nur mit 18 Pf. pro Stunde entlohnt und tragen dann den Sammerverdienst von 8 bis 9 Mk. am Wochenlohn nach Hause. Da wiederholte Beschwerden bei der Direktion nutzlos gewesen sind, wird den Kollegen nichts anderes übrig bleiben, als sich der Organisation anschließen, um mit deren Hilfe eine Aenderung dieser kausigen Bezahlung herbeizuführen.

Breslau. Die am Sonntag, den 25. September, tagende Versammlung erfreute sich eines guten Besuches und nahm ein Referat des Genossen Peterhans über Zweck und Nutzen der Organisation entgegen. Der Redner kritisierte die niedrigen Löhne und die lange Arbeitszeit hauptsächlich der Fabrikarbeiter, Rot und Glend seien hierzu juristisch zu führen. Nach dem Referat wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. — Hoffentlich gelingt es, die Zahlstelle Breslau zu einer starken Zweigorganisation auszugestalten.

Bromberg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 7. September in dem Betriebe der Zigarrenfabrikfabrik von Karl Schröder-Neudorf in H.-Partellen. Bei der Beförderung eines Dedels zu dem Dampfzettel, welcher ein Gewicht von 12 Pfenning hat, verunglückte die Arbeiterin Klodius und wies, indem der schwere Dedel beim Rollen zum Kessel auf dem unebenen Fußboden das Stippen bekam und dem Klodius, welcher wegen eines in dem Gange befindlichen Sogerbocks nicht ausweichen konnte, auf beide Hüfte fiel, wodurch derselben derart verletzt wurden, daß die Sehnen bloßgelegt waren. Ob Knochenbrüche vorhanden sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Arbeiter Klodius konnte zur rechten Zeit noch soweit ausweichen, daß derselbe mit äußerlichen Verletzungen davonkam. Es soll kein Verbandsmaterial an der Unfallstelle gewesen sein, sodaß man einen Baren nach benachbarten Orten und nach der ca. 2 1/2 Kilometer entfernten Stadt habe senden müssen. Trifft das zu, dann wäre Zabel am Plage. Verbandsmaterialien müssen umso mehr vorhanden sein, weil es sich um einen Betrieb handelt, bei dem Unfälle oft vorkommen können. Das Fehlen von Verbandsmaterialien kann dann verhängnisvoll für die Verletzten werden. Hoffentlich trägt die Betriebsleitung dafür, daß ein solcher Unfallsstand nicht eintritt.

Frankenthal. Den Anlaß zu einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung, welche am 23. September im Schillerden Saale tagte, gab der hiesige Stadtrat, indem er die von letzter Organisation eingereichte Petition in seiner Sitzung vom 17. September ablehnend beschied hat. Vom Samstagsabend war Kollege Stich erschienen, von den Stadträte waren nur die Genossen Feiler und Metz, letzterer als Referent, anwesend. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Kommission, erhielt Kollege Bernad das Wort. Redner führt aus, nachdem sich unsere Organisation in mehreren Versammlungen eingehend mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Gasarbeiter beschäftigt habe, einstimmig der Beschluß gefaßt worden sei, folgende Forderungen an die in Betracht kommenden Körperschaften einzureichen:

Lohnarbeiter für Hosenarbeiter:
Anfangslohn 3,80 Mk., Höchstlohn 4,50 Mk.
Hosenarbeiter:
Anfangslohn 3,50 Mk., Höchstlohn 3,80 Mk. Ueberstunden werden mit 25 Prozent vergütet.

Sonstige Forderungen:

Alljährlich ist ein aus drei Personen bestehender Arbeiterausschuss zu wählen. Entlohnungen und Entlassungen von Arbeitern haben nur unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses statt zu finden, welche längere Zeit im Betriebe beschäftigt sind, erhalten alljährlich unter Fortzahlung des Lohnes einen einwöchentlichen Urlaub. Ferner Entlassungen unter bestimmten Bedingungen, welche dem § 616 des B. G. B. Rechnung tragen. Außerdem wurde Abstellung einer Reihe von Misthänden verlangt. Am 30. Juli wurden diese Forderungen zwecks Begutachtung an den Gasmeister eingereicht, gleichzeitig wurde ihm die Kommission der Arbeiter benannt, welche seitens der Organisation beauftragt wurde, vorläufig zu werden. Am 2. August ist die Kommission alsdann vorzeitig erschienen; habe der Gasmeister anfänglich dieselbe freundschaftlich behandelt, so habe sich die Stimmung bald geändert: „Wem es nicht paßt, kann gehen“, sowie: „Ich bis morgen (es war gerade Sonntag) nicht von euren Forderungen Kenntnis genommen, bekommt ihr alle verdammt“, lautete die empfindliche Antwort des Gasmeisters. Tags darauf habe sich die Kommission der Organisation beauftragt gesehen, vorstellig zu werden. In einer eingehenden Unterredung wurde der Gasmeister beauftragt, daß er als nächster Beamter nicht befragt sei, seinen Arbeitern wegen der geäußerten Forderungen oder wegen der Zugehörigkeit zur Organisation das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Bezüglich der geäußerten Lohnforderung sei nichts zu erreichen gewesen, denn der Gasmeister habe die Forderungen aufgeschoben, daß er die Höchstlöhne mit drei bis vier (ausser Lohnzuschüssen) bezahle, was allerdings die von uns eingereichten Forderungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter in anderen Städten nicht ergeben hat. Zur den Schloßbesitzer wurde er bei der nächsten Redeversammlung befragt. Nicht zufrieden mit diesem Zugehörigkeit, sei dann die Petition am 24. August an den Stadtrat eingereicht worden. Inzwischen habe letzter Organisation des Herrn Stadtrats ein Antrag gestellt wurde, worin die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter anderer Städte angeführt waren, welche bedeutend besser in ihrer wirtschaftlichen Lage ge-

steht als die hiesigen, habe der Stadtrat gemäß dem Antrag der Kommission unsere Forderungen abgelehnt. Solange die Arbeiter einzeln am Aufbegehren ihrer Löhne nachgegangen haben, hätte man es bewilligt, nachdem nun die Organisation die Forderungen eingereicht habe, verhalte man sich ablehnend. Der Stadtrat habe hier nicht die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Im weiteren Teil Redner an dem Bürgermeister scharfe Kritik, weil ihn derselbe als Vorsitzenden der Kommission seinen Ausschluß über die Stellungnahme der Kommission zu letzter Petition gegeben habe. Auf die Zustände im Gaswerk eingehend, betont Redner, daß die von uns angeführten Misthände bereits befristet seien; ferner müsse es Aufgabe der Stadtverwaltung sein, hier einmal nach dem Rechten zu sehen, denn der Gasmeister habe Arbeiter für die Verteilung eines Blumentisches, sowie seiner Lebensklänge beschäftigt, außerdem verwende er einen Arbeiter zur Einholung der in Haushalte gebrauchlichen Artikel. Bei einem Gehalte von 3600 Mark sei es dem Gasmeister möglich, sich ein Dienstmädchen zu halten. Redner schließt: Werden wir auch den alten ergrauten Stadtrat nicht mehr mit unseren Forderungen beschäftigen, so werden dieselben doch wiederkehren. Ueber den zweiten Punkt, die Antwort des Stadtrats auf die Petition der Gasarbeiter, referierte Genosse Stadtrat Metz. Redner weist eingangs seiner Ausführungen das im Umlauf befindliche Gerücht, wonach die Partei wegen der bevorstehenden Stadtratswahl die Erziehung der Forderungen sei, zurück. Die Partei habe sich noch gar nicht mit der Stadtratswahl beschäftigt. Redner kritisiert scharf das Gebahren des Bürgermeisters, der, wie schon öfters, so auch diesmal den so wichtigen Punkt unter „Verschiedenes“ eingeschoben habe. Was die Forderung selbst anbelange, so sei über einige Punkte wenig oder gar nicht diskutiert worden. Als der Bürgermeister die Wochenlöhne von 32, 31 und 30 Mk. für die ersten Ofenarbeiter bekannt gab, hätte man brummen hören, daß das doch ein schönes Geld sei, ohne natürlich zu wissen, daß für diesen Lohn 98 Stunden gearbeitet werden müßte. Auch die Schichtarbeit müßte unbedingt von den Arbeitern verworfen werden, denn von „reiner Arbeitsleistung“ eines Arbeiters bei solcher langer Arbeitszeit könne keine Rede mehr sein. Allgemein hätten sich die Herren entkräftet über die Zumutung, daß der Arbeiterschuß bei Entlassungen und Entlassungen entscheiden soll. Können man einem Beamten 600 Mk. auf einmal zulegen, so hätte man auch die Forderungen der Organisation bewilligen können, die jährlich das Budget mit 1800 Mk. belastet hätten. Das Statut für die Gasarbeiter sei am 1. Januar 1901 in Kraft getreten; trotzdem im Stadtrat eine juristische Kommission bestehe, habe man dem § 616 des B. G. B. keine Rechnung getragen. In großmütiger Weise habe man beschlossen, die sanfteren Misthände so schnell wie möglich abzuschaffen, dagegen habe man die Forderungen mit allen gegen die Stimmen der Genossen Metz und Feiler, sowie des Justizrates Werke abgelehnt. Es habe sich somit gezeigt, daß der Stadtrat sozialer Anwendungen frei sei. Redner beifall der Bekannten belohnte die beiden Redner für ihre interessanten Ausführungen. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in welcher die Forderungen der Gasarbeiter als zeitgemäß anerkannt und das Verhalten des Stadtrates mißbilligt wird. Außerdem wurde darin verlangt, daß die Stadtverwaltung ihre Betriebe sowohl in technischer Hinsicht als auch in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen so ausgestalten möge, daß sie dem Privatkapital gegenüber als Musterbetrieb gelten könne. Mit einem kräftigen Schlagwort des Kollegen Stich wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

In einer am 1. Oktober stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde nach eingehender Darlegung der Kollegen Forthuber und Bernad über den Verlauf unserer Lohnbewegung beschlossen, die Forderungen bis zur Abgabebereitigung zu verlagern. Um die Herren Stadträte zu veranlassen, die zu stellenden Forderungen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, werden dieselben in mehreren Petitionen eingereicht. Folgender Antrag des Kollegen Forthuber fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung ersucht den Hauptvorstand, umgehend eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitern vorzunehmen, eventuell ist den besoldeten Gauleitern die Vornahme der Erhebungen zu übertragen.“ In seiner Begründung führte Kollege Forthuber aus: Unsere Lohnbewegung habe bewiesen, daß es Aufgabe unserer Organisation sein müsse, daß die verschiedenartigen Verhältnisse von Hilfsarbeitern besser berücksichtigt werden. Mit Ausnahme von Frankfurt, Speyer und Ludwigshafen hätte die Kommission wochenlang warten müssen, bis das benötigte Material zum Einlaß gelangt sei. Sechs Kartelle hätten überhaupt nicht auf unsere Anfragen geantwortet, darunter Offenbach, wo der Kartellvorsitzende ein Verbandskollege sei. In der Pfalz bestände keine Zahlstelle des Verbandes der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter. Es sei deshalb Aufgabe unserer Organisation, die Arbeiter für unseren Verband zu gewinnen. Im weiteren ward gemäß einem Antrage beschlossen, auf die Tagesordnung der am 16. Oktober im Saale des Herrn Thoma stattfindenden Generalversammlung den Punkt „Die Unterhaltungs-Einrichtungen in unserer Organisation und die in Kraft getretene Beitrags-Erhöhung“ zu setzen. Als Referent wurde Kollege Bernad bestimmt und beschlossen, die Mitglieder zu dieser Versammlung per Handzettel einzuladen.

Glücksberg. Sonntag, den 25. September, tagte hier eine Mitglieder-Versammlung, welche aber leider trotz der wichtigen Tagesordnung sehr schwach besucht war. Genosse Müller referierte über: Die Beschlüsse des Verbandstages, und welchen Nutzen haben dieselben für die Mitglieder. Er schilderte in ausführlicher Weise den Nutzen der Beschlüsse des Verbandstages und wies darauf hin, daß die Ausbeutung des Kapitals nur durch eine straffe Organisation der Arbeiter eingedämmt werde und dadurch eine bessere Lage für letztere geschaffen werden kann. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Disziplin“, sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Hierauf verlas der Vertrauensmann die Abrechnung vom 2. Quartal. Derselbe ist revidiert und auch richtig befunden.

Gotha. Traurige soziale Zustände wurden in Besingen im Thüringischen aufgedeckt, als man den Ursachen der Minderbegabung von Schülern nachforschte. Zunächst mußte schon festgestellt werden, daß der Ort einen erschreckend hohen Prozentsatz schwachbegabter Kinder aufzuweisen hat. Es geht aus dem 25 Schulfänger von 587, also etwa 6 Prozent, während sonst ein Durchschnittsverhältnis immer ein vom Hundert angenommen wird. Die Ursachen dieser betrübenden Erscheinung sind in der außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Lage der hauptsächlich von „Heimarbeiter“ lebenden Bevölkerung zu suchen. Es wurde festgestellt, daß die Eltern der 25 minderbegabten Schüler, die besonders unter den Kindern in der höchsten Klasse der Stadtschule unterrichtet werden, auf einen geradezu schmerzlichen Verdienst angewiesen sind, wie überhaupt ein großer Teil der Bevölkerung. Brot, Kartoffeln und Schnaps sind in der Hauptsache ihre Nahrungsmittel. Der Stammeinkommen trinken nicht nur die Erwachsenen, Männer wie Frauen, sondern er wird auch den Schulkindern, vermischt mit Zucker, als Brot gebacken; den Säuglingen werden Gummisüßigkeiten verabreicht, die ebenfalls mit Schnaps und Zucker gesüßt sind. Beterdung und kleine Ernährung im Verein mit ungenügender Wohnungsverhältnisse den hohen Prozentsatz schwachbegabter Kinder verursachen, die weiß auch körperlich degeneriert sind. Die Hilfsfamilien sind im Stoff- und Gesundheitszustand am 3 bis 4 Jahre hinter ihren Altersgenossen zurückgeblieben und bieten schwere Formen von englischer Krankheit und Strophulose dar.

Die Robbeiner auf Deutschlands Sozialpolitik pflegen von derartigen Ausschüßern keine Ahnung zu haben.

Hamburg-Flottbek. In der am 22. September abgehaltenen Mitglieder-Versammlung referierte Kollege Wintens über die Beschmelzung der Zahlstellen Hamburgs, welche bei Anstellung zweier besoldeter Beamten am 1. November erfolgen soll. Dabei wurde von ihm auf die demnächst tagende gemeinsame Mitglieder-Versammlung aufmerksam gemacht. Nach Erlebung noch anderer lokaler Angelegenheiten wurde noch auf den Bildungsvorstand hingewiesen und zum Beitritt in diesen eingeladen.

Hildesheim. Am 4. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Nachdem sieben neue Mitglieder angenommen waren, verlas der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 3. Quartal 1904. Derselbe wurde von der Versammlung als richtig anerkannt. Sodann erstattete der 1. Bevollmächtigte den Jahresbericht. Es tagten 26 Mitglieder-Versammlungen und 1 Extra-Versammlung; in 7 derselben wurden Referate gehalten. Sämtliche Versammlungen waren mäßig, einzelne sogar sehr schlecht besucht, obgleich wichtige Beschlüsse gefaßt wurden, so z. B. die Zahlung eines Mietzuschusses an die Streitenden und Ausgeperrten der Köchischen Schiffswerft; die Errichtung eines Bureaus im Vereins Hause zur Erledigung unserer Verbandsangelegenheiten. Sitzungen tagten 48; auch fanden Sitzungen mit dem Holz- und Bauarbeiter-Verband statt; letztere besahen sich mit einer Beitragsverhöhung für die auf-Bauten beschäftigten Kollegen. Die Korrespondenz war eine sehr umfangreiche. Es gingen ein: 87 Briefe, 52 Postkarten, 10 Geldsendungen, 14 Pakete und 48 Bücher. Ausgingen: 94 Briefe, 67 Postkarten, 4 Pakete und 56 Bücher. Ferner fand eine Lohnbewegung auf der Köchischen Werft beschäftigten Arbeiter statt, woran eine ziemlich Anzahl unserer Mitglieder beteiligt war. Nach 8-tägiger Dauer wurde die Werft geschlossen und sämtliche Arbeiter auf 9 Wochen ausgesperrt. Die Forderungen der Arbeiter wurden nur teilweise bewilligt. Der Streik und die Aussperrung haben der Zentralkasse 19 203,79 Mk. gekostet. An Unterstützungen aus der Reservekasse sind bezahlt worden: An Arbeitslose 1 834,40 Mk., für die Trimmitschauer Textilarbeiter 150 Mk., für den Streikfonds 100 Mk., an Streikunterstützung für die ersten drei Tage 972,50 Mk., an Mietzuschuß für die Streikenden und Ausgesperrten 687,50 Mk., an Zuschuß für die Kinder 500,00 Mk., und an das Arbeiter-Sekretariat 1020 Mk. Somit hatte die Reservekasse eine Gesamtausgabe von 5 255,20 Mk. Diese Zahlen beweisen, wach' großer Wert es hat, wenn eine Zahlstelle eine Reservekasse besitzt. Der Mitgliederbestand am 1. Oktober 1904 war 882. Aufgenommen sind 221, ausgetreten 88, abgereist 67 und gestorben 4 Mitglieder. Mitgliederbestand am 1. Oktober 1904: 936. Aenderungen in der Verwaltung sind nicht vorgekommen. Von den Hilfskassierern haben zwei gewechselt; auch wurde der Beschluß gefaßt, durch die Erhöhung der Beiträge auf Antrag des Hilfskassierers vom 1. Oktober ab nur 80% für Einfassieren der Beiträge zu gemächern. Vergütungen wurden drei abgehalten. In einem kräftigen Appell an die Mitglieder, auch in diesem Jahre fleißig für die Organisation einzutreten, klang der Bericht aus. Dann wurden noch die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.

Hennstedt. Sonntag, den 2. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Es liehen sich 10 Kollegen aufnehmen. Es wurde der Kartellbericht gegeben und dabei beschlossen, dem Kartell zu empfehlen, unsere Kollegen Sievers als Kandidaten für die Geweregerichtsmaßnahme aufzustellen. Das Kartell hat einen Zuschuß zur Arbeiterbildungsschule gegeben und wurde der Wunsch ausgesprochen, daß unsere Kollegen zahlreich von diesem Bildungsmittel Gebrauch machen sollten. Abschluß wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.

Königsberg. Am 17. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Aus dem Kartellbericht interessierte unsere Beschwerte gegen die „Frankische Tagespost“, welche gleich der Wehrzahl der übrigen Parteipresse keine Bericht von unserem Verbandstag gebracht hatte. Der Chefredakteur Dr. Braun führte an, es beschwerten sich viele Leser darüber, daß das Gewerkschaftliche in der Zeitung zu großen Umfang annehme. Uebrigens sei infolge der Beschwerde das Besprechungsamt unserer Verbandstag nachträglich gebracht worden. Die Versammlung war der Ansicht, die Berichterstattung über Verbandstage geböre zu den ersten Aufgaben der Parteipresse. Weiter beschäftigt sich das Kartell mit den Grenzfreiheiten, die zwischen uns und den Bauarbeitern existieren. Bestere Vertreter waren zur Sitzung nicht erschienen. Unter Beurteilung des Verhaltens der Bauarbeiter sah das Kartell die Sache als erledigt an. Röll Herrmann sprach über die Erwerbslosen-Unterstützung und die durch diese bedingte Beitragsverhöhung. Er begründete die Einführung dieser Unterstützung mit Freuden. Sie werde uns ganz bestimmt noch neue Anhänger zuführen.

Münster. Am 10. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Bohland referierte über die Aussperrung der Bauarbeiter in Darmstadt. Er betonte, daß dieser Kampf wieder einmal den Beweis dafür erbracht habe, daß die unorganisierten Arbeiter sich endlich einmal aufraffen müßten, um der Organisation beizutreten. Bei diesem Kampf seien die gelerntten Arbeiter unserer Kollegen in den Rücken gefallen und zu Vordrängern geworden. Dann referierte Kollege Huxhorn über den Ausbau unseres Verbandes unter Zugrundelegung der Beschlüsse in Hamburg.

Schwedt. Am Sonntag, den 18. September, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Die vorgelegte Abrechnung wurde befragt und damit dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Abschluß gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute im Deutschen Hause“ tagende Mitglieder-Versammlung erklärt sich mit der Beschlüssen des 7. Verbandstages einverstanden und verspricht, stets im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken.“ Nachdem ein dritter Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht worden, wurde der Kollege Sann als Delegierter zur Gaudisfeier gewählt.

Neilen. Nach ihrem Geschäftsbericht verarbeitete die Zuckerfabrik 1 499 500 Zentner Rüben, die von 8900 Morgen geerntet sind; vom Morgen wurden also 168 1/2 Zentner gegen 119 Zentner im Vorjahre gewonnen. Die Rübenverarbeitung war bedeutend billiger als früher; die Erparnis betrug pro Zentner 11,21 Pf., davon 4,42 Pf. auf das Konto der Generaluntwiler, infolge Wegfall des früher gezahlten Deleterevergütung, und 6,79 Pf. auf das Betriebskonto, u. a. infolge der Umgestaltung der Verdampfanlage, kommen. Die Ausbeute an Zucker war gegen das Vorjahr um 0,4 Prozent geringer und betrug 14,39 Prozent. Auch die Bewertung des Zuckers blieb um 5 Pf. gegen 1902 zurück und stellte sich auf 8,40 Mk. pro Zentner. Da bei der Verarbeitung der Rüben insgesamt 168 090 Mk. erspart wurden, hingegen durch geringere Ausbeute und billigere Bewertung ein Ausfall von 61 166 Mk. zu verzeichnen war, so stellt sich der Gesamterfolg nach um 106 920 Mk. günstiger als im Vorjahre. Es konnten deshalb wiederum 1,10 Mk. resp. 1 Mk. pro Zentner Rüben und eine Dividende von 6 Prozent auf die Stammprioritäten gezahlt werden. Die Fabrik vereinbarte 1 985 900 Mk. und veranlagte 1 499 500 Zentner verarbeiteter Rüben 1 536 500 Mk. und für den Betrieb 875 120 Mk., sodaß nach 40 000 Mk. Abschreibungen und Dotierung des Reservefonds mit 40 000 Mk. ein Reingewinn von 30 850 Mk. auf 600 000 Mk. Aktienkapital verbleibt. Die Rübenlage beträgt 71 340 Mk. Für das gegenwärtige Jahr sind 9400 Morgen Rüben angemeldet. Für nächstjährige Rechnung sind bereits 120 000 Zentner Zucker an gegen das Vorjahr 25 Pf. anlage pro Zentner höherem Preise verkauft.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Abrechnung vom 2. Quartal 1904.

Einnahme.

Ausgabe.

Zahlstellen.	Quartals-Nr.	In den Zahlstellen zurückbehalten		Einnahme		Ausgabe		Saldo	Bilanz	Guthaben	Schuld
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.				
Aberfeld	2			90	5680						
Aldershof	2	1	18	4 20	128	4 20					
Afen	2			3 30	82 80						
Alzey	2			4 80	88 80						
Altenburg S.-M.	2			12	618 60	74 90	4 90				
Allona	2			18 30	643 40	71	85				
Allfeld	2			60	21 60						
Althaldensleben	2			9 30	87 80	2 60					
Ammendorf	2			11 40	220 20	1 30					
Anweiler	2			4 80	10 40						
Anweiler	2			1 80	29 60						
Anklam	2	18		3	204 80	30 50					
Arnsdorf	2			30	15 80						
Arschersleben	2	43	11	9 30	277	37 70	4 70				
Augsburg	2			8 70	176 40	5 10					
Klein-Auheim	2				90 20						
Barmstedt	2			1 20	65 20	6					
Barmbeck	2			10 50	1529 80	167 60	4 60	30 25			
Barby	2			60	41 80						
Barmstedt	2			1 20	37 40	6 60					
Bergedorf	2			25 20	1577	53 90	1 30	14 70	27 23	17	
Bernburg	2			15 60	764 20	16 10					
Berlin	2			136 20	2366 80	65	3 90	2 75			
Bieberich a. Rh.	2			3 60	165 80	2 60	1 50				
Bielefeld	2			3	108						
Bitterfeld	2			30	40 80						
Bietsheim	2			3 30	43 80						
Biberach a. Rh.	2				6 80	9 10					
Billwerder	2				37	3					
Bieber	2			30	49 20	1					
Blantenburg	2			60	127 40	2 20					
Borsdorf	2			3 30	127 60	1 30					
Borby	2			5 40	91	1 30					
Bornstedt	2				150	52 60					
Bödingen	3-4	41	95	2 70	120						
Bödingen	1-2	41	95	2 70	118						
Brae	1			30	14 60						
Brae	2			60	14 80						
Braunschweig	2			26 10	3449 60	328 10	20				
Bremen	2			8 70	1221 80	58 20	7 10				
Brehenheim	2			3 30	160 60	6 20	5 80				
Brinkum	2			60	139						
Bromberg	2			13 50	218 40	1 70		51 75			
Broitzem	2				75 40	1 30					
Bruckhausen	2			4 80	56 80						
Bruchsal	2			60	3 40	2 60					
Burgdam	1				15 60						
Burgdam	2				12 40						
Brunsbütteleoog	2			2 10	49 60						
Bürgel a. M.	2				82 20	10					
Cassel	2			3 30	162 80						
Caputh	2			6 90	133 20						
Calbe a. S.	2			7 50	299 20	2 30					
Cannstatt	2	412	37	27 30	406 80	51 80	1 40				
Charlottenburg	2			15	531	17 20	1 60				
Colditz	1			30	31	2 90					
Colditz	2			60	29	2 60					
Coswig	2			3	220	9 80	1 70				
Cöthen	2			4 20	83 20	1 40					
Cöln-Schrenfeld	2			5 70	248 80	1 40					
Cöln	1-2			18 30	223 60	33 20					
Danzig	2			4 50	23 20	14 70					
Delmenhorst	2			7 80	354 80	59 30					
Dietesheim	2				119 40						
Duisburg	2	20	80	1 80	24 60						
Düsseldorf	2			2 40	111 40						
Eberswalde	2				13 80						
Eberswalde	1			7 50	150	15 80					
Egeln	1			1 20	43	2 40					
Egeln	2			4 50	60	2 80	50				
Eilbeck	2			6	363 60	7 80	1 40	9			
Eimsbüttel	2			90	326 80	10 60					
Eisenberg S.-M.	2			2 70	132 40	1 30	1 60	20 25			
Eisenberg i. Pfalz	2			3 90	49 80		60				
Einbeck	2			9	112	2 80					
Eilenburg	2			1 80	76 20	12 40					
Eythra	2			9 30	65 20						
Esberfeld	2			3 90	38						
Esling	1-2			73	150	37 60	40				
Emsbhorn	2			15 60	685 40	52 20					
Erdmannsdorf	4-1				11 20						
Erlangen	2			7 40	210	43 40					
Erfurt	1			1 15	2 40	50 80					
Erfurt	2				28 20	2					
Erfurt	2				50 40	40					
Erfurt	2				5 40	50 60	2 50				
Erfurt	2				2 10	137 60	3 10				
Erfurt	2				3 90	194 80	5 30				
Erfurt	2				9	191 20	5 60				
Erfurt	1-2			12 60	90 80	3 60					
Feuerbach	2			30	25 20						
Finthen	1			1 50	116	6 80					
Finthen	2			2 40	128	8					
Flensburg	2			16 20	693 40	73 50	2 80				
Frankenthal	2			6 30	445 40	1 80					
Frankfurt a. M.	2			40 50	1041 40	32 80					
Freienwalde a. O.	2	136	96	6	300	3 40					
Freising	2				10						
Freising	1				10						
Friedrichstadt	2			60	38						
Fürth	2			5 10	73	2 60					
Fürth	2				70 80	1 30					
Ganting	2				7 80						
Genthin	1-2	10	95	3 30	86 80						
Gesehacht	2			90	352 40						
Germerdorf	2				52 20						
Gevelsberg	2			90	17 65						
Gießen	1			2 23	28						
Gießen	2				10 40						
Gladstadt	2			5 40	415 40						
Gmünd	2			30	40 60						
Goslar	1			4 20	12 80	1 60					
Goslar	2				49 20						
Goslar	2			3	142 20	11 40					
Göppingen	2	78	86	15 90	158 60	1 30					

Einnahme.

Ausgabe.

Table with multiple columns: Ort, Konten-Nr., in den Jahren..., Beiträge..., Gesamteinnahme, Gesamtausgabe, etc. The table lists various locations and their financial records for different years.

Einnahme.

Ausgabe

Table with columns: Zahlstellen, Quartals-Nr., In den Zahlstellen für den Zeitraum, and various financial categories like Beiträge, Steuern, and Ausgaben. Rows list numerous locations such as Boisdam, Bodejuch, and Bismarck.

Main financial table with columns for 'Zahlstellen' (locations), 'Einnahme' (income), and 'Ausgabe' (expenditure). It lists various locations like Baunten, Bann, Benda, etc., and their respective financial contributions and expenses.

Bilanz der Abrechnung.

Einnahme in den Zahlstellen:

Table listing income from various locations (Zahlstellen) such as Baunten, Bann, Benda, etc., with amounts in M.

Ausgabe in den Zahlstellen:

Table listing expenditures from various locations (Zahlstellen) such as Baunten, Bann, Benda, etc., with amounts in M.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkaffe.

Summary table for the main cash account (Hauptkaffe) showing total income and expenditure.

Table listing specific financial items and their amounts, including 'Zübeck, Streifenunterstützung zurückbezahlt', 'Preis', 'Grosz-Salze', etc.

Gesamt-Ausgabe:

Summary table for total expenditures (Gesamt-Ausgabe) categorized by type of expense.

Table listing specific financial items and their amounts, including 'Für Buchbinderarbeiten', 'Für Bindfaden', 'Für Zeitungsabonnement', etc.

Bilanz:

Summary table for the balance (Bilanz) showing total income and expenditure.

Handwritten text at the bottom right, including names like 'Hug. Bren', 'Seint. Sack', and 'Die Revisoren'.